

Das Ende der Bescheidenheit wäre der Anfang der Vernunft

Zur Verteilungsentwicklung in 1997/98 und den Vorjahren

Claus Schäfer

1. Einleitung

Die seit Jahren empirisch nachvollziehbaren Tendenzen zu mehr Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen haben sich auch in letzter Zeit fortgesetzt. Und immer noch bleiben die positiven Wirkungen dieser Entwicklung insbesondere auf dem Arbeitsmarkt aus, die als politische Versprechen zur Rechtfertigung dieser Entwicklung und der sie begünstigenden gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen dienen. Trotzdem ist die Forderung nach wie vor weit verbreitet, diese Politik fortzusetzen, weil die Umverteilung von unten nach oben im Sinn eines Sperrklinkeneffekts „noch nicht weit genug“ sei. Doch angesichts der immer deutlicher zutage tretenden sozialen und ökonomischen Nachteile dieses Ungleichheits-Experiments ist es an der Zeit, eine tragfähige Alternative einzuschlagen. Die ökonomischen Nachteile sind insbesondere die Erosion der privaten und staatlichen Binnennachfrage sowie die davon ausgehende Belastung des Arbeitsmarkts mit erneuten Rückwirkungen auf die Nachfrage, die steigende Abhängigkeit von einer labileren Auslandsnachfrage, das Untergraben von Bildungs- und Leistungsbereitschaft angesichts nachlassender Arbeitschancen und sinkender Verdienstaussichten, die Verschlechterung von allgemeinen und beruflichen Bildungsinfrastrukturen, das Verschleudern von Humankapital durch Arbeitslosigkeit und niedrige Frauenerwerbsquoten u.a.m.¹⁾. Entsprechende Erfahrungen sind nicht nur in Deutschland der letzten Jahre zu beobachten, sondern viel länger in den USA, in Großbritannien und neuerdings vor allem in den bis vor kurzem noch hochgelobten „Niedriglohn-Schwellenländern“. Sie sind Grund genug für eine politische Kehrtwende, die die offensichtlich komplementären – und eben nicht konfliktträchtigen – Beziehungen zwischen Vertei-

lungsgerechtigkeit und ökonomischer Leistungsfähigkeit akzeptieren sollte. Verteilungsgerechtigkeit ist demnach kein illusionärer Moralismus, sondern erfahrungsgeleitete notwendige Voraussetzung für Wachstum, hohe Beschäftigung, solide Staatsfinanzen und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

2. Gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung

Weit deutlicher als aus der Bruttolohnquote, deren unzulängliche Aussagefähigkeit hier schon öfter angesprochen wurde (s. Tabelle 1), geht aus der Nettolohnquote die Umverteilung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene hervor; letztere ist hier definiert als Anteil der Nettolohn- und -gehaltsumme am gesamten verfügbaren Volkseinkommen der privaten Haushalte (s. Tabelle 2). Die Nettolohnquote ist seit 1980 von 52,7 vH um über 10 Prozentpunkte auf 41,9 vH in 1997 gesunken. Dagegen ist die Nettogewinnquote, hier definiert als die Summe aus Gewinn- und Vermögenseinkommen nach Verrechnung der auf hier entfallenen Umverteilungsmaßnahmen, von 25,5 vH in 1980 auf 35,6 vH 1997 gestiegen²⁾. Die Strukturveränderung im verfügbaren Volkseinkommen hat sich also fast ausschließlich zugunsten der Gewinne im weiteren Sinne niedergeschlagen und, zieht man von ihnen die Vermögenseinkommen ab, auch der Gewinne im engeren Sinn. Tatsächlich wäre der Anstieg der privaten bzw. „entnommenen Gewinne“ noch größer als ausgewiesen, wenn die Wirkungen der staatlichen Umverteilungspolitik auf sie und die Vermögenseinkommen differenziert dargestellt werden könnten. Mangels entsprechender Informationen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) sind hier aber die Vermögenseinkommen brutto gleich netto gesetzt worden, was unterstellt, daß auf sie keine Steuern zu entrichten waren bzw. alle Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen nur den ersteren zugerechnet werden. Zwar ist dieses Vorgehen tendenziell gerechtfertigt angesichts des besonders hohen Ausmaßes an Steuerhinterziehung bei Vermögenseinkommen; aber es überhöht gleichzeitig auch die Steuerbelastung der Gewinne im engeren Sinne und un-

Gliederung

1. Einleitung
2. Gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung
3. Individuelle Arbeitseinkommen
4. Haushaltseinkommen sozialer Gruppen vor und nach der staatlichen Umverteilung
5. Vermögensverteilung der privaten Haushalte
6. Durch niedrige Löhne zu mehr Beschäftigung – eine kontraproduktive Illusion

Dr. rer. pol. Claus Schäfer ist Wissenschaftlicher Referent im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

¹⁾ Siehe dazu u. a. Heise, A. u. a., Begutachtung des Wirtschaftsstandorts Deutschland – aus einer anderen Sicht, in: WSI-Mitteilungen 6/1998, S. 393 ff.

²⁾ Die Nettogewinnquote ist die aus Tabelle 1 ableitbare Differenz zwischen der Bruttolohnquote und dem zu 100 gesetzten Volkseinkommen.

Tabelle 1

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote

Jahr	Tatsächliche Brutto- lohnquote ¹⁾	Arbeitnehmerquote ²⁾		Struktur- bereinigte Brutto- lohnquote ³⁾
	vH	vH	Index ⁴⁾	vH
– alte Bundesländer –				
1960	60,1	77,2	92,5	65,0
1965	65,3	80,9	97,0	67,3
1970	68,0	83,4	100,0	68,0
1975	74,1	86,0	103,2	71,9
1980	75,8	88,3	105,9	71,6
1981	76,8	88,4	106,0	72,4
1982	76,9	88,5	106,0	72,5
1983	74,6	88,4	106,0	70,4
1984	73,4	88,5	106,1	69,2
1985	73,0	88,6	106,2	68,7
1986	72,1	88,7	106,3	68,8
1987	72,6	88,9	106,6	68,1
1988	71,5	89,0	106,7	67,0
1989	70,3	89,2	106,9	65,8
1990	69,6	89,4	107,2	64,9
1991	69,6	89,5	107,3	64,9
1992	70,8	89,6	107,4	65,9
1993	71,8 ⁵⁾	89,4	107,2	67,0
1994	70,1 ⁵⁾	89,2	107,0	65,5
1995	–	89,1	106,8	–
1996 ⁶⁾	–	89,0	106,7	–
1997 ⁶⁾	–	88,8	106,4	–
1998 1. Hj. ⁶⁾	–	88,7	106,4	–
– alte und neue Bundesländer –				
1991	72,4	90,6	100,0	72,4
1992	73,4	90,3	99,7	73,6
1993	74,1	90,0	99,3	74,6
1994	72,6	89,7	99,0	73,3
1995	72,5	89,6	98,9	73,3
1996 ⁶⁾	71,6	89,5	98,8	72,5
1997 ⁶⁾	69,7	89,3	98,6	70,7
1998 1. Hj. ⁶⁾	66,6	89,1	98,3	67,8

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. – 2) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inland). – 3) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 4) Für die alten Bundesländer 1970 = 100, für Deutschland 1991 = 100. – 5) Vorläufiges Ergebnis. Stand Mai 1995, ab 1995 nicht mehr nachgewiesen. – 6) Vorläufiges Ergebnis. Stand September 1998.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). – Berechnungen des WSI.

terschätzt damit deren Nettoanteil am privat verfügbaren Volkseinkommen.

Beachtlich ist in Tabelle 2 auch, daß der Anteil der „empfangenen laufenden Übertragungen“ am privat verfügbaren Volkseinkommen sich seit 1980 kaum verändert hat, obwohl die Zahl der Bezieher solcher Übertragungen teilweise deutlich als Arbeitslose, Sozialhilfebezieher oder auch Vorruheständler gestiegen ist. Demnach müssen die im Zeitverlauf ergriffenen relativen und absoluten Einschnitte bei diesen und anderen Sozialleistungen kompensierend gewirkt haben. Schließlich machen die nachrichtlich in Tabelle 2 enthaltenen Angaben über die Verwendung des privat verfügbaren Volkseinkommens deutlich, daß der langsame Rückgang der privaten Nachfrage in den letzten Jahren noch spürbarer ausfüllen würde, wenn nicht die Sparquote gesunken wäre und damit ein Teil der Strukturveränderung in der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung kompensiert wurde. Eine um rund zwei Prozentpunkte zwischen 1980 und 1997 gesenkte Sparquote bedeutet für 1997

immerhin einen zusätzlichen, durch Entsparen bedingten Nachfrageschub von rund 47 Mrd. DM; mit anderen Worten: bei gleichgebliebener Sparquote wäre 1997 der Anteil des privaten Verbrauchs an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage um einen Prozentpunkt niedriger.

Diese Argumente gelten natürlich nur, wenn man davon ausgehen kann, daß Masseneinkommen und insbesondere Nettoarbeitseinkommen eine deutlich höhere Konsumneigung aufweisen als Gewinneinkommen – und daß die Gewinneinkommen nicht gleichmäßig oder sogar immer ungleichmäßiger auf die Bezieher von Gewinn- und Masseneinkommen verteilt sind. Genau dieses aber wird von anderen verfügbaren Verteilungsindikatoren seit Jahren bestätigt, von denen einige hier in einer Betrachtung von Durchschnittswerten und soweit möglich auch von Einkommensschichten behandelt werden.

Alle gesamtwirtschaftlichen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (s. Tabelle 3, in der im Gegensatz zur Tabelle 2 auch die nichtentnommenen Gewinne der Kapitalgesellschaften enthalten sind) haben 1997 im fünften Jahr hintereinander netto schneller zugenommen als brutto, wobei aber auch der Bruttoanstieg im Vergleich zu anderen Einkommensaggregaten immer überdurchschnittlich war. Die auf diese Einkommen gezahlten direkten Steuern und vergleichbaren öffentlichen Abgaben sind im selben Zeitraum von Jahr zu Jahr sogar absolut gesunken. Dies signalisiert die steigenden Wirkungen von legalen und illegalen Entlastungsmaßnahmen zugunsten dieser Einkommen. Erst 1998 könnte das Wachstum auf der Nettoebene hinter das der Bruttoebene zurückfallen, weil möglicherweise der angelegte „Vorrat“ an Verlustvorträgen bei vielen Unternehmen immer stärker ausgeschöpft wird. Bei den Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit bzw. den Kapitalgesellschaften als Teilmenge der in Tabelle 3 enthaltenen Unternehmen hat sich dieser Effekt bei gleichzeitig stark steigenden Bruttogewinnen vermutlich schon früher bemerkbar gemacht (s. Tabelle 4). Genaue Aussagen können nicht getroffen werden, weil das Statistische Bundesamt bekanntlich seit 1994 die Gewinne der Kapitalgesellschaften nicht mehr nachweist. Auf jeden Fall aber ist absehbar, daß die Bruttogewinne im Rahmen von Tabelle 3 und Tabelle 4 weiter überdurchschnittlich wachsen.

Und schließlich sind die Gewinne ohnehin nur die statistisch sichtbare Spitze einer guten Unternehmenslage, wie erneut z. B. die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der *Bundesbank* für die Produktionsunternehmen belegt, also für den Kern der produzierenden und handelnden Unternehmen ohne die Wohnungswirtschaft, ohne Kapitalsammelstellen wie Banken und Versicherungen, und ohne freie Berufe (s. Tabelle 5). Zwar haben sich die Sachanlageinvestitionen der Produktionsunternehmen erneut

Tabelle 2

Nettolohnquote und andere Quoten

Das private verfügbare Volkseinkommen nach der staatlichen Umverteilung in Mrd. DM und vH¹⁾

Jahr	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²⁾		Masseneinkommen		Nettogewinn- und Netto- vermögenseinkommen		Korrektur- faktoren ⁵⁾	Nachrichtlich: Verwendung des verfügbaren Einkommens			
			Nettolohn- und -gehaltssumme	Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	Entnommene Gewinne ⁴⁾	Vermögens- einkommen		Privater Verbrauch ⁵⁾		Ersparnis der privaten Haushalte	
	in DM	in vH	in vH	in vH	in vH	in vH	in vH	in DM	in vH	in DM	in vH
1960	188,0	100	55,8	20,9	22,3	3,0	2,0	171,8	48,7	16,1	8,6
1970	428,0	100	55,7	21,2	21,4	5,5	3,8	368,9	45,9	59,1	13,8
1980	960,4	100	52,7	26,2	17,9	7,6	4,4	837,0	44,8	123,4	12,8
1985	1 170,1	100	48,8	25,7	20,5	9,3	4,4	1 036,5	44,1	133,6	11,4
1990	1 532,7	100	48,5	24,8	20,8	9,9	4,0	1 320,7	43,1	212,0	13,8
1991	1 871,3	100	48,1	25,4	20,9	9,7	4,1	1 630,3	45,5	241,0	12,9
1992	2 014,0	100	47,3	26,1	20,7	10,2	4,3	1 755,5	46,1	258,5	12,8
1993	2 083,9	100	46,9	27,2	20,4	10,2	4,7	1 829,3	47,6	254,6	12,2
1994	2 156,8	100	45,1	27,3	22,1	10,2	4,7	1 906,0	46,9	250,8	11,6
1995	2 226,4	100	43,9	27,8	23,3	9,7	4,7	1 973,9	46,4	252,5	11,3
1996	2 302,0	100	43,4	27,1	24,9	9,2	4,6	2 040,0	46,7	262,0	11,4
1997	2 339,6	100	41,9	27,0	26,3	9,3	4,4	2 084	45,8	255,6	10,9

1) In vH des verfügbaren Einkommens aller privaten Haushalte (= 100). – 2) Einschließliche privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 1960 bis 1990 früheres Bundesgebiet, von 1991 an Deutschland. – 3) Renten, Pensionen, Arbeitslosenunterstützung usw., darunter ein minimaler Anteil privater Übertragungen. – 4) Nicht enthalten sind die „nichtentnommenen Gewinne“ der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, also der Kapitalgesellschaften. – 5) Die Einkommensquellen addieren sich nicht genau zu 100 vH, weil das Statistische Bundesamt von der Summe aller Einkommensquellen erst die Konsumentenkreditzinsen und „nicht zurechenbare geleistete laufende Übertragungen“ abzieht (im Beobachtungszeitraum relativ konstant jeweils ca. ein Drittel bzw. zwei Drittel der entsprechenden Beträge), um die dann verbleibende Summe „Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte“ zu nennen. – 6) In vH der gesamten Produktion für die inländische und ausländische Nachfrage (= 100).

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1997, Vorbericht.

nicht dynamisch entwickelt; ein kleiner Anstieg von 1996 auf 1997 erzielt erst wieder das Investitionsniveau von 1995. Aber aussagefähiger ist die Investitionsqualität, die die *Bundesbank* wie folgt beschreibt: Die zusätzlichen Bruttoinvestitionen fließen „zu einem Drittel ... in Ausrüstungen, die hauptsächlich ...

zur Kostensenkung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit“ eingesetzt werden; dagegen halten sich die Produktionsunternehmen mit gewerblichen Bauten, die oft der Betriebserweiterung dienen, „bislang auffällig zurück“³⁾. Außerdem können die Produktionsunternehmen ihre Bruttoinvestitionen im Durch-

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliches Brutto- und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)

(Online-Staat)

Jahr	Brutto-einkommen		Netto-einkommen		Steuern ⁴⁾	Durchschnittliche Steuerbelastung
	Mrd. DM	Veränderung (vH)	Mrd. DM	Veränderung (vH)		(vH)
– alte Bundesländer –						
1980	287,50	–	226,53	–	60,97	21,2
1981	288,54	+ 0,4	229,16	+ 1,2	59,38	20,6
1982	294,08	+ 1,9	235,50	+ 2,8	58,58	19,9
1983	344,02	+ 17,0	284,96	+ 21,0	59,06	17,2
1984	379,51	+ 10,3	316,89	+ 11,2	62,62	16,5
1985	400,89	+ 5,6	329,65	+ 4,0	71,24	17,8
1986	441,36	+ 10,1	367,80	+ 11,6	73,56	16,7
1987	456,04	+ 3,3	386,74	+ 5,1	69,30	15,2
1988	506,08	+ 11,0	430,22	+ 11,2	75,86	15,0
1989	545,22	+ 7,7	455,31	+ 5,8	89,91	16,5
1990	604,18	+ 10,8	523,26	+ 14,9	80,92	13,4
1991 ²⁾	659,90	+ 9,2	568,65	+ 8,7	91,31	13,8
1992 ²⁾	664,89	+ 0,8	574,17	+ 1,0	90,72	13,6
1993 ²⁾	639,45	– 3,8	553,39	– 3,6	86,06	13,5
1994 ²⁾	–	–	–	–	–	–
– alte und neue Bundesländer –						
1991	654,24	+ 8,2 ³⁾	559,85	+ 6,8 ³⁾	94,39	14,4
1992	683,03	+ 4,4	583,58	+ 4,2	99,45	14,6
1993	678,41	– 0,7	574,81	– 1,5	103,60	15,3
1994	746,61	+ 10,1	657,09	+ 14,3	89,52	12,0
1995	804,74	+ 7,8	727,26	+ 10,7	77,48	9,6
1996	846,67	+ 5,2	769,64	+ 5,8	77,03	9,1
1997	925,22	+ 9,3	853,49	+ 10,9	71,73	7,8
1998 1. Hj.	496,73	–	455,25	–	41,48	8,4

1) Nach Abzug direkter Steuern und vergleichbarer öffentlicher Abgaben. – 2) Stand Oktober 1994, ab 1994 vom Statistischen Bundesamt nicht mehr nachgewiesen. – 3) Wegen der deutschen Vereinigung mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar. – 4) Direkte Steuern und vergleichbare Abgaben. Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Stand September 1998) – Berechnungen des WSI.

schnitt erneut vollständig selbst finanzieren. Mit den verfügbaren Mitteln wurde darüber hinaus die Geldvermögensposition der Produktionsunternehmen weiter verbessert. Insbesondere ihre Direktinvestitionen im Ausland, die statistisch von der *Bundesbank* zum Geldvermögen gezählt werden, nahmen wieder zu und kumulieren sich damit seit Beginn der 90er Jahre „auf etwa 270 Mrd. DM oder knapp ein Zehntel der heimischen Anlagepositionen“⁴⁾.

Die gesamte Mittelverwendung der Produktionsunternehmen konnte laut *Bundesbank* „zu einem steigenden Anteil aus eigenen Mitteln gedeckt werden“, und zwar genau zu einem Anteil „von 74 vH, der sich somit im Laufe der 90er Jahre kontinuierlich um zwei Fünftel gebessert hat“⁵⁾. Entsprechend sind der Ver-

³⁾ Deutsche Bundesbank, Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1997, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 5/1998, S. 27 ff., hier S. 34.

⁴⁾ Ebenda, S. 35.

⁵⁾ Ebenda, S. 36.

Unternehmensgewinne und direkte Steuern¹⁾ der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit

Tabelle 4

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne		Netto-Unternehmensgewinne		Direkte Steuern	Durchschnittliche Steuerbelastung
	Mrd. DM	Veränderung (vH)	Mrd. DM	Veränderung (vH)	Mrd. DM	(vH)
– alte Bundesländer –						
1980	77,27	– 1,1	51,32	1,2	25,29	33,6
1981	85,86	11,1	60,61	18,1	25,25	29,4
1982	91,29	6,3	64,57	6,5	26,72	29,3
1983	112,13	22,8	82,52	27,8	29,61	26,4
1984	125,30	11,7	90,85	10,1	34,45	27,5
1985	133,01	6,2	93,79	3,2	39,22	29,5
1986	142,87	7,4	104,37	11,3	38,80	26,9
1987	143,21	0,2	108,71	4,2	34,50	24,1
1988	153,74	7,4	116,15	6,8	37,59	24,5
1989	163,82	6,6	120,54	3,8	43,28	26,4
1990 ²⁾	183,04	11,7	144,36	19,8	38,68 ³⁾	21,1
1991 ²⁾	202,72	10,8	161,14	11,6	41,58 ³⁾	20,5
1992 ²⁾	213,30	5,2	171,52	6,4	41,78 ³⁾	19,6
1993 ²⁾	220,49	3,4	180,05	5,0	40,44 ³⁾	18,3
1994 ⁴⁾	–	–	–	–	–	–
– alte und neue Bundesländer –						
1991 ⁴⁾	–	–	–	–	42,77 ³⁾	–
1992 ⁴⁾	–	–	–	–	43,40 ³⁾	–
1993 ⁴⁾	–	–	–	–	42,89 ³⁾	–
1994 ⁴⁾	–	–	–	–	37,08 ³⁾	–
1995 ⁴⁾	–	–	–	–	37,48 ³⁾	–
1996 ⁴⁾	–	–	–	–	47,54 ³⁾	–
1997 ⁴⁾	–	–	–	–	47,58 ³⁾	–
1998 1. Hj. ⁴⁾	–	–	–	–	27,18 ³⁾	–

1) Körperschaftsteuer und sonstige direkte Steuern. – 2) Stand Oktober 1994, für 1990 und 1991 Stand Mai 1995. – 3) Stand September 1998. – 4) Für Deutschland oder auch nur die alten Bundesländer allein liegen vom Statistischen Bundesamt keine Gewinnangaben vor.
Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). – Berechnungen des WSI.

schuldungsgrad und die Zinsbelastungsquote der Produktionsunternehmen verringert worden, letzteres auch unterstützt durch die in letzter Zeit geringeren Zinssätze am Kapitalmarkt⁶⁾. Auch deshalb kommt die *Bundesbank* zu dem Gesamturteil, daß sich „die Ertragsverhältnisse und Eigenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen in Deutschland generell spürbar gebessert haben“⁷⁾.

Dieses Urteil kann man teilweise auch auf die neuen Bundesländer übertragen. Die von der *Bundesbank* ausgewerteten Jahresabschlüsse von 3 420 ostdeutschen Unternehmen aus Verarbeitendem Gewerbe, Bauwirtschaft und Handel im Vergleich mit entsprechenden Unternehmen der alten Bundesländer für das Jahr 1996 ergeben, daß erstere bei den öffentlich als „Schwachstellen“ gehandelten Bilanzpositionen „Eigenmittel“ und „Personalaufwand“ mittlerweile so schwach nicht mehr sind. Die Eigenmittel in Ostdeutschland liegen mit 22,6 vH der Bilanzsumme nur noch gut einen Prozentpunkt schlechter, der Personalaufwand liegt dagegen mit 16,7 vH sogar schon einen Prozentpunkt besser als die westdeutschen Pendants⁸⁾. Die Sicht der *Bundesbank* auf ausgewählte ostdeutsche Unternehmen im Jahr 1996 wird bekräftigt durch aktuelle Umfrageergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW) bei 3 400 ostdeutschen Unternehmen für 1997; danach haben immerhin 44 vH der befragten Betriebe im vergangenen Jahr einen Gewinn erwirtschaftet, während 25 vH ein ausgeglichenes Ergebnis und knapp ein

Viertel einen Verlust aufweisen – eine bessere Bilanz als 1995 und 1996⁹⁾. Und für die Jahresmitte 1998 beurteilen nach einer jüngsten ifo-Sondererhebung bei ostdeutschen Industriebetrieben, also einem vergleichsweise kleinen Teil der ostdeutschen Unternehmen, 22 vH von ihnen die Ertragslage als gut, 50 vH als befriedigend und 30 vH als schlecht¹⁰⁾. Alle die genannten Institutionen lassen jedoch gleichzeitig auch keinen Zweifel daran, daß diese Gesamtsituation sehr labil ist und bei einer nachlassenden Inlandskonjunktur oder zunehmenden außenwirtschaftlichen Gefahren im Zuge der von Asien ausgehenden Krisen sehr schnell umkippen kann.

Diese ostdeutsche Sondersituation kann das gute Bild der deutschen Unternehmen insgesamt jedoch kaum trüben, zumal viele ostdeutsche Unternehmen Teile von westdeutschen Konzernen sind und mit ihnen „saldiert“ werden müßten. Fast schon kurios muten deshalb verschiedene Versuche an, durch

Renditeberechnungen im internationalen Vergleich einen immer noch andauernden deutschen Nachholbedarf an Gewinnen zu reklamieren. Auch die *Bundesbank* beteiligt sich daran auf Basis von Unternehmensbilanzen, obwohl sie gleich eingangs ihrer entsprechenden Veröffentlichung die großen methodischen Probleme dabei betont¹¹⁾, die tatsächlich solche Vergleiche ernsthaft nicht zulassen¹²⁾. Für die nationale Ebene durchgeführte Renditeberechnungen vor Steuern belegen dagegen ein mehr als befriedigendes Renditeniveau¹³⁾. Renditeberechnungen auf der Gewinnebene nach Steuern scheitern jedoch auch auf

⁶⁾ Ebenda, S. 38.

⁷⁾ Ebenda, S. 36.

⁸⁾ Vgl. *Deutsche Bundesbank*, Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse ostdeutscher Unternehmen im Jahr 1996, in: Monatsbericht 7/1998, S. 35 ff., hier Tabelle S. 39.

⁹⁾ Siehe *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW)*, Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW), Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IfWH), Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland – Achtzehnter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 33/1998, S. 571 ff.; die zitierten Aussagen über die Ertragslage ostdeutscher Unternehmen bezieht sich übrigens auf einen bankstatistischen Berichtskreis des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, den die beteiligten Institute für den aussagefähigsten halten – auch im Vergleich zu dem der Bundesbank, vgl. ebenda, S. 604 ff.

¹⁰⁾ Vgl. *ifo Institut*, Ostdeutsche Industrie: Besserung der Ertragslage setzt sich fort, in: ifo Schnelldienst 24/1998, S. 3 ff.

¹¹⁾ Siehe *Deutsche Bundesbank*, Zur Unternehmensrentabilität im internationalen Vergleich, in: Monatsbericht 10/1997, S. 33 ff.

¹²⁾ Siehe zu dieser Auseinandersetzung auch den WSI-Standortbericht 1998: *Heise, A. u. a.*, Begutachtung ... a.a.O., S. 393 ff.

¹³⁾ Nach einer Untersuchung des DIW weist im westdeutschen verarbeitenden Gewerbe die Sachkapitalrendite zuletzt rund 13 vH aus und die Eigenkapitalrendite sogar 40 vH; s. *Spieker, F.*, Industrieller Mittelstand nicht weniger leistungsfähig als die Großindustrie, in: DIW-Wochenbericht 13/1998, S. 229 ff.

Tabelle 5

Vermögensbildung der deutschen Produktionsunternehmen¹⁾ und ihre Finanzierung
 – in Mrd. DM –
 – alte und neue Bundesländer (ab 1991) –

Vermögensbildung/Finanzierung/Vermögensbestand	1980	1986	1990	1991 West	1991 Ost ¹³⁾	1992 West	1992 Ost ¹³⁾	1993 ¹³⁾ Deutschland	1994 ¹³⁾ Deutschland	1995 ¹³⁾ Deutschland	1996 ¹³⁾ Deutschland	1997 ¹³⁾ Deutschland
Sachvermögensbildung bzw. Bruttoinvestitionen	185,0	218,5	316,1	357,8	59,3	331,4	69,2	353,4	386,1	409,8	391,6	441,7
– Sachanlagen	173,7	215,6	304,6	337,4	56,6	334,0	71,0	366,1	369,8	382,1	374,6	381,4
– Vorräte	11,3	2,9	11,5	20,4	2,7	– 2,6	– 1,7	– 12,7	16,4	27,7	17,0	60,3
nachrichtlich: Nettoinvestitionen ²⁾	60,8	47,2	104,4	125,2	41,2	80,7	42,9	59,1	83,9	98,6	73,5	120,8
Geldvermögensbildung	42,1	53,9	183,3	148,5	8,1	119,8	33,1	164,2	124,1	117,3	136,5	92,4
– bei Banken im In- und Ausland	13,1	11,3	53,4	40,4	8,7	51,3	30,2	103,7	– 16,9	41,5	75,2	43,7
kurzfristig	14,0	9,0	51,7	39,2	9,3	54,6	29,9	109,4	– 12,6	30,8	68,5	40,8
langfristig	– 0,9	2,3	1,7	1,2	– 0,6	– 3,3	0,3	– 5,7	– 4,3	10,7	6,7	2,9
– in festverzinslichen Papieren	0,4	– 2,2	43,9	38,4	– 1,0	5,4	3,2	11,5	70,9	6,6	– 19,2	– 10,1
– in Beteiligungen ³⁾	7,3	– 0,8	34,4	14,6	1,0	17,2	0,2	33,6	29,6	45,0	25,1	15,5
darunter: Direktinvestitionen im Ausland	–	–	–	32,3	–	26,7	–	25,0	24,5	45,1	37,6	40,3
– in sonstigen Forderungen (an In- und Ausland)	21,3	45,7	51,7	55,1	– 0,7	45,9	– 0,4	15,4	40,4	24,1	55,3	38,9
Vermögensbildung insgesamt	227,1	272,2	499,4	506,3	67,3	451,1	102,3	517,6	510,3	527,1	528,2	534,1
Selbstfinanzierung durch												
– Eigenfinanzierung ⁴⁾	131,9	210,4	276,1	268,6	1,5	256,0	3,1	311,0	317,9	366,0	361,9	395,2
Abschreibungen	124,2	171,3	211,7	232,6	18,1	250,7	26,3	294,3	302,2	311,2	318,2	320,9
nichtentnommene Gewinne und Sonstiges ⁵⁾	7,7	39,1	64,4	36,0	– 16,6	5,3	– 23,2	16,7	15,7	54,8	43,8	74,3
– Außenfinanzierung durch Aktienemission u. ä. Beteiligungskapital	5,2	12,3	21,9	9,2	30,7	11,7	42,9	19,8	36,7	45,1	34,4	16,6
darunter: Direktinvestitionen aus dem Ausland	–	–	–	3,4	–	3,7	–	6,5	11,7	13,5	–	–
– weitere Innenfinanzierung ⁶⁾	17,6	6,5	52,8	61,4	0,6	42,6	0,6	25,2	33,5	– 1,3	39,0	32,1
Fremdfinanzierung durch kurz- und langfristige Kredite von Banken, Versicherungen, Kapitalmarkt ⁷⁾ im In- und Ausland	72,3	43,2	105,2	118,6	45,9	129,7	56,0	183,5	140,8	138,3	91,7	92,7
Finanzierung insgesamt	227,1	272,4	456,0	457,8	78,7	440,0	102,6	539,5	528,8	548,0	527,0	536,5
Statistische Differenz	–	–	45,5	48,5	– 11,4	11,2	– 0,3	– 21,9	– 18,6	– 21,0	1,1	– 2,4
Nachrichtlich: Vermögensbestand ^{9) 10)} an												
– Geldvermögen insgesamt ¹¹⁾	657,3	1 105,7	1 597,6	1 745,8	–	1 877,3	–	2 067,1	2 219,5	2 417,9	2 638,7	2 781,2
darunter: flüssige Mittel ¹²⁾	277,4	418,2	703,2	645,3	–	709,8	–	818,0	678,4	826,7	965,7	969,1
– Schulden insgesamt (einschl. Aktienumlauf ¹¹⁾)	1 131,7	1 547,7	2 046,8	2 255,7	–	2 468,7	–	3 269,9	3 338,7	3 664,7	3 962,6	4 536,9
darunter: kurzfristige Verbindlichkeiten bei Banken	229,6	291,3	371,7	433,1	–	458,8	–	492,5	513,0	558,0	590,3	617,9
– Sachvermögen insgesamt ¹⁴⁾	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

1) Ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen (Banken, Versicherungen u. ä.), aber einschließlich Treuhandanstalt in Ostdeutschland sowie Post und Bahn in West- und Ostdeutschland. – 2) Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. – 3) Erwerb von Aktien im In- und Ausland sowie sonstige Beteiligungen im Ausland – einschließlich 1990 in Ostdeutschland. – 4) Nach Definition der Bundesbank: im wesentlichen Abschreibungen, Gewinne nach Steuern, Subventionen. – 5) Im wesentlichen nichtentnommene Gewinne nach Steuern, Subventionen, sonstige Vermögenübertragung. – 6) Durch „Sonstige Kredite“ – d. h. weder von Banken noch von Versicherungen – die nach Angaben der Bundesbank „im wesentlichen Darlehen öffentlicher Haushalte, des Auslands und Pensionsrückstellungen“ enthalten; ein großer Teil dieser Kredite dürfte allerdings wie die Pensionsrückstellungen Eigenmittelcharakter besitzen. – 7) Einschließlich (kurzfristige) Geldmarktpapiere. – 8) Restposten im Finanzierungskonto der „übrigen Welt“ (einschließlich der neuen Bundesländer) aufgrund statistisch nicht aufgliederbarer Vorgänge im Zahlungsverkehr mit dem Ausland sowie mit den neuen Bundesländern. – 9) Bestände an Sachvermögen weist die Bundesbank im Rahmen ihrer Finanzierungsrechnung – im Gegensatz zu Geldvermögen und Schulden – nicht aus. 10) Ab 1993 Deutschland. – 11) Jahresendbestand: darunter Wertpapiere zu Tageskursen. – 12) Bestände an Bargeld und Sichteinlagen, Guthaben auf kurzfristige Terminkonten bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Bestand an festverzinslichen Wertpapieren einschl. Geldmarktpapiere. – 13) Vorläufige Ergebnisse. – 14) Wird von der Deutschen Bundesbank nicht ausgewiesen.

Quelle: Deutsche Bundesbank. – Berechnungen des WSI.

nationaler Ebene an einer mangelnden Aussagefähigkeit von (veröffentlichten) Bilanzen. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Steuerbelastung der Unternehmen (s. oben, s. aber auch unten) dürften jedoch auch sie gut bis sehr gut sein. Für die gesamtwirtschaftliche Ebene belegen dies auf jeden Fall die vom DGB vorgelegten durchschnittlichen Renditen¹⁴⁾.

Wieviel schlechter stellt sich dagegen die Lage Arbeitseinkommen und ihrer Bezieher dar – selbst wenn man nicht vergißt, daß sich hinter der oben geschilderten durchschnittlichen Entwicklung der Gewinne, insbesondere in Ostdeutschland, erhebliche Streuun-

gen zwischen guten und schlechten Unternehmenslagen verbergen. In Westdeutschland sind 1997 die gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen netto real erneut zurückgegangen (s. Tabelle 6), womit der ohnehin geringe Zuwachs in 1996 – der schon in den letzten Jahren die Ausnahme war – mehr als kompensiert wurde. Und auch in Ostdeutschland sind die Arbeitseinkommen netto real das erste Mal seit der

¹⁴⁾ Siehe DGB-Bundesvorstand, Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrenditen und Lohnstückkosten in Deutschland, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 2/1998.

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen
– alte Bundesländer –

Jahr	Durchschnittliche Tariflohn(-) und -gehalts- erhöhungen ¹⁾) vH	Preise ²⁾ (Veränderung ³⁾) vH	alte Bundesländer							
			Durchschnittliche Arbeitseinkommen ³⁾ und ihre Abzüge ⁴⁾							Reale Veränderung ⁵⁾ (netto) vH
			Lohnsteuer	Sozialabgaben	Gesamte Abzüge	Brutto		Netto		
			vH	vH	vH	absolut DM	Veränderung ⁶⁾ vH	absolut DM	Veränderung ⁶⁾ vH	
1980	+ 6,7	+ 5,3	15,8	12,8	28,7	2 474	+ 6,6	1 765	+ 5,2	+ 0,0)
1981	+ 5,5	+ 6,3	15,7	13,1	28,8	2 593	+ 4,8	1 847	+ 4,6	- 1,6
1982	+ 4,0	+ 5,4	16,0	13,4	29,4	2 695	+ 3,9	1 904	+ 3,1	- 2,1
1983	+ 3,3	+ 3,2	16,4	13,6	30,0	2 781	+ 3,2	1 948	+ 2,4	- 1,0
1984	+ 2,8	+ 2,4	16,9	13,8	30,7	2 865	+ 3,0	1 986	+ 1,9	- 0,5
1985	+ 2,7	+ 2,0	17,5	14,1	31,5	2 949	+ 2,9	2 020	+ 1,7	- 0,3
1986	+ 3,5	- 0,2	17,1	14,2	31,3	3 055	+ 3,6	2 100	+ 4,0	+ 4,1
1987	+ 3,4	+ 0,1	17,8	14,2	32,0	3 151	+ 3,1	2 144	+ 2,1	+ 2,1
1988	+ 2,7	+ 1,1	17,5	14,4	31,9	3 243	+ 2,9	2 209	+ 3,0	+ 1,9
1989	+ 2,7	+ 2,9	18,1	14,4	32,5	3 341	+ 3,0	2 255	+ 2,1	- 0,8
1990	+ 4,6	+ 2,7	16,3	14,3	30,5	3 497	+ 4,7	2 430	+ 7,8	+ 4,9
1991	+ 6,2	+ 3,7	17,9	14,6	32,5	3 703	+ 5,9	2 498	+ 2,8	- 0,9
1992	+ 5,7	+ 4,1	18,7	14,7	33,3	3 917	+ 5,8	2 611	+ 4,5	+ 0,4
1993	+ 3,8	+ 3,7	18,3	15,0	33,2	4 030	+ 2,9	2 690	+ 3,0	- 0,7
1994	+ 2,0	+ 2,8	18,7	15,8	34,5	4 109	+ 2,0	2 690	+ 0,0	- 2,8
1995 ⁵⁾	+ 3,6	+ 1,7	20,4	16,2	36,5	4 238	+ 3,1	2 695	+ 0,2	- 1,5
1996 ⁶⁾	+ 2,3	+ 1,3	19,0 ⁸⁾	16,5	35,5 ⁸⁾	4 323	+ 2,0	2 788	+ 3,5 ⁸⁾	+ 2,2 ⁸⁾
1997 ⁶⁾	+ 1,4	+ 1,9	19,0	17,3	36,3 ⁸⁾	4 363	+ 0,9 ⁸⁾	2 777	- 0,4 ⁸⁾	+ 2,3 ⁸⁾
1998 1. Hj. ⁶⁾	+ 1,7 ⁷⁾	+ 1,4	18,7	17,5	36,2	4 192	+ 1,5 ⁸⁾	2 675	- 1,4 ⁸⁾	- 0,3 ⁸⁾

¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorzeitraum. – ²⁾ Erhöhung ohne Einbeziehung der Zusatzleistungen. Bis 1983: Berechnet auf Monatsbasis einschl. Beamtenbezüge. Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte; ab 1984 ohne Beamtenbezüge/Quelle: WSI-Tarifarchiv. – ³⁾ Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – ⁴⁾ Brutto- bzw. Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Monat (Inlandskonzept). – ⁵⁾ Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltssumme. – ⁶⁾ Vorläufiges Ergebnis. – ⁷⁾ Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 1997. – ⁸⁾ Vorläufige durchschnittliche Erhöhung 1998 aufgrund der bis Juni 1998 getätigten Tarifabschlüsse. – ⁸⁾ Verzerrt durch rechnerischen Effekt, weil seit 1996 das Kindergeld mit der Lohnsteuer verrechnet wird.

Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR). – Berechnungen des WSI.

deutschen Vereinigung gesunken (s. Tabelle 7). In Westdeutschland ist selbst das Nettoarbeitseinkommen vor Abzug der Preissteigerungen absolut zurückgegangen.

Zurückzuführen ist dies 1997 auf die erneute Erhöhung von Steuern (bedingt durch Progressionseffekte) und Abgaben (durch heraufgesetzte Beitragsätze insbesondere der Rentenversicherung) sowie den Preisanstieg, obwohl letzterer im Jahresvergleich moderat ausgefallen war. Diese Belastungseffekte konnten durch den geringen Brutto-Einkommensanstieg bei weitem nicht ausgeglichen werden, weil die ohnehin niedrigen Erhöhungssätze der Tarifeinkommen durch Abbau von übertariflichen Leistungen und von Einkommenssonderzahlungen, insbesondere im Gefolge der Neuordnung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, von der Entwicklung der Effektivinkommen unterboten wurden. Die Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen in West- und Ostdeutschland hat damit rechnerisch fast das Rekordniveau von 1995 erneut erreicht, das 1996 insbesondere durch die Erhöhung des steuerlichen Existenzfreibetrags verlässlich werden konnte. Wahrscheinlich aber muß das Rekord-Belastungsniveau schon als überschritten gelten, weil die Steuerbelastung höher als in den Tabellen genannt ausgewiesen würde, wenn das Kindergeld nicht – wie ab 1996 praktiziert – mit der Lohnsteuer verrechnet würde, also auch der steuerrückführende Effekt des ab 1. 1. 1997 um 20 DM beim ersten und zweiten Kind erhöhten Kindergeldes nicht eintreten würde.

Eine spürbare Veränderung dieser Situation für 1998 ist nicht abzusehen. Zwar tritt durch die Senkung des Solidaritätszuschlags ab 1. 1. dieses Jahres eine Entlastung ein; aber gleichzeitig sind die Beiträge zur Sozialversicherung weiter gestiegen und konnten in ihrer Steigerung auch nur durch die zweckgebundene Mehrwertsteuererhöhung vom 1. 4. 1998 gebremst werden. Zwar übersteigen in Westdeutschland im ersten Halbjahr 1998 die Tarifabschlüsse wieder die Preissteigerung; aber der Abbau von übertariflichen Leistungen und Sonderzahlungen scheint dort wie auch in Ostdeutschland anzuhalten. Außerdem verlangsamt sich die Lohnanpassung im Osten an das Westniveau weiter. Und schließlich ist nicht ausgeschlossen, daß die bisher weitgehend nicht überwältigte Mehrwertsteuer-Erhöhung bei nächster Gelegenheit doch noch die Realeinkommen drückt.

Im folgenden werden diese gesamtwirtschaftlichen Verteilungsindikatoren durch weitere für individuelle Arbeitseinkommen und für Haushaltseinkommen ergänzt; auch sie belegen die Fortsetzung sozialer Polarisierungen.

3. Individuelle Arbeitseinkommen

Hinter dem Durchschnitt der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen stehen in der Mehrzahl noch die Arbeitseinkommen von Vollzeitbeschäftigten, deren effektive Verdienste für die Beschäftigungsbereiche von Industrie, Handel, Banken und Versicherungen zeitnah von der Verdienststatistik des *Statisti-*

Tabelle 7

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen
– neue Bundesländer –

Jahr	Durchschnittliche Tariflohn- ¹⁾ und -gehalts- erhöhungen ¹⁾) vH	Preise ²⁾ (Veränderung*) vH	Durchschnittliche Arbeitseinkommen ³⁾ und ihre Abzüge ⁴⁾							
			Lohn- steuer	Sozial- abgaben	Gesamte Abzüge	Brutto		Netto		Reale Veränderung*) (netto) vH
						absolut	Veränderung*)	absolut	Veränderung*)	
			vH	vH	vH	DM	vH	DM	vH	
1989 ⁷⁾	–	–	3,3	17,1	20,4	1 173	–	934	–	–
1990 ⁸⁾	–	–	4,5	16,3	20,8	1 381	+ 17,7	1 094	+ 17,1	–
1990 ⁸⁾ 1. Hj.	–	–	3,6	17,0	20,6	1 407	–	1 116	–	–
1990 ⁸⁾ 2. Hj.	–	–	5,4	15,5	20,9	1 355	– 3,7	1 076	– 3,6	–
1991	–	+ 13,3 ⁹⁾	8,1	15,4	23,5	1 790	+ 29,6	1 368	+ 25,1	+ 11,2 ⁹⁾
1992	+ 25,9	+ 12,1	11,5	17,0	28,5	2 454	+ 37,1	1 755	+ 28,3	+ 14,5
1993	+ 12,5	+ 9,5	12,0	16,5	28,5	2 839	+ 15,7	2 032	+ 15,8	+ 5,8
1994	+ 6,4	+ 3,5	12,8	17,1	29,9	3 012	+ 6,1	2 112	+ 3,9	+ 0,4
1995	+ 6,2	+ 1,9	13,9	16,9	30,8	3 211	+ 6,6	2 221	+ 5,2	+ 3,2
1996 ⁵⁾	+ 5,0	+ 2,1	11,6 ¹¹⁾	17,4	29,0 ¹¹⁾	3 312	+ 3,1	2 350	+ 5,8 ¹¹⁾	+ 3,6 ¹¹⁾
1997 ⁵⁾	+ 2,7	+ 2,0 ¹⁰⁾	11,8 ¹¹⁾	17,9	29,7 ¹¹⁾	3 375	+ 1,9 ¹⁰⁾	2 371	+ 0,9 ¹⁰⁾ 11)	– 1,1 ¹⁰⁾ 11)
1998 1.Hj. ⁵⁾	+ 2,4 ¹²⁾	+ 1,5 ¹⁰⁾	11,1 ¹¹⁾	17,7	28,8 ¹¹⁾	3 255	+ 1,7 ¹⁰⁾	2 317	+ 2,3 ¹⁰⁾ 11)	+ 0,8 ¹⁰⁾ 11)

¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorzeitraum. – ²⁾ Erhöhung ohne Einbeziehung der Zusatzleistungen; Quelle: WSI-Tarifarchiv und Tarifregister des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. – ³⁾ Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen in Ostdeutschland. – ⁴⁾ Brutto- bzw. Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Monat in Ostdeutschland – ⁵⁾ Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltssumme in Ostdeutschland. – ⁶⁾ Vorläufiges Ergebnis. – ⁷⁾ Deflationiert mit dem Preisindex laut Fußnote 2). – ⁸⁾ Simulationsrechnung des DIW, d. h. Umrechnung des DDR-Abgabensystems auf das bundesdeutsche System. – ⁹⁾ Angaben des DIW. – ¹⁰⁾ Veränderung gegenüber dem 2. Halbjahr 1990. – ¹¹⁾ Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 1997. – ¹²⁾ Verzerrt durch rechnerischen Effekt, weil seit 1996 das Kindergeld mit der Lohnsteuer verrechnet wird. – ¹³⁾ Vorläufige durchschnittliche Erhöhung 1998 aufgrund der bis Juni 1998 getätigten Tarifabschlüsse.

Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR). – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). – Berechnungen des WSI.

schen Bundesamtes dokumentiert werden. Auf die Defizite dieser Informationsbasis neben der Aussparung anderer Beschäftigungsbereiche mit teilweise niedrigeren Lohnniveaus ist im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht noch einmal hingewiesen worden. (Tabelle 8 enthält die entsprechenden Daten seit der deutschen Vereinigung bis zum aktuellen Rand für die laufenden Monatsverdienste ohne anteilige Sonderzahlungen in West- und Ostdeutschland¹⁵⁾). Die Angaben für den Westen belegen für die letzten Monate im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1996, wie geringfügig in absoluten DM-Beträgen auf Jahresbasis 1997 wie auf Basis des Januar 1998 die Verdienste zugelegt haben. Gleichzeitig ist die weitere Anpassung der Ost-Verdienste an das westdeutsche Verdienstniveau noch stärker verlangsamt als in den Vorjahren, ja teilweise fast zum Stillstand gekommen. Für die gesamte Industrie liegen die Verdienste der ostdeutschen Arbeitnehmer (Angestellte und Arbeiter zusammen) im Jahresdurchschnitt 1997 bei 73,2 vH der entsprechenden westdeutschen Verdienste gegenüber 72,5 vH in 1996; das Westniveau ist im Jahresvergleich allerdings nur um ganze 103 DM gestiegen. Und für den Hoch- und Tiefbau führt der Anstieg des Verdienstanteils der ostdeutschen Arbeitnehmer von 76,1 vH auf 77,6 vH sogar leicht in die Irre, wenn man übersieht, daß das Westniveau von 1996 bis 1997 sogar um absolut 100 DM gesunken ist, also auch das ostdeutsche Niveau absolut abgenommen hat. Der Bausektor, der zu Anfang der deutschen Vereinigung wegen der Bausektorkonjunktur noch eine besonders schnelle Einkommensanpassung aufwies, nimmt jetzt angesichts der spezifischen Probleme der Baubranche in Ost und West wieder einen besonderen Weg.

Nicht nur aus diesem Grund ist die politische Debatte um die angeblich zu schnelle bzw. arbeitsplatz-

vernichtende Lohnangleichung im Osten zum großen Teil unseriös. Sie macht sich meist an den wenig aussagefähigen Niveaus tariflicher Grundeinkommen fest, die mehr oder weniger weit – bis hin zum häufiger werdenden Tarifbruch – vom Effektivniveau entfernt sind¹⁶⁾ und diese Debatte übersieht auch gern, daß in Ostdeutschland nach wie vor im Durchschnitt zeitlich mehr Stunden gearbeitet werden müssen, weniger Urlaub gewährt wird und auch Sonderzahlungen weniger verbreitet und geringer dotiert sind als im Westen. Unter Einrechnung allein der Sonderzahlungen liegt das Jahresverdienstniveau in der ostdeutschen Industrie z. B. für Arbeiter rund 2,5 Prozentpunkte und für Angestellte um 3 Prozentpunkte unter den in Tabelle 8 angegebenen Werten; Bei den Angestellten in Handel, Banken und Versicherungen beträgt die Differenz gut 1 vH.

Natürlich weisen die Nettoverdienste im Osten, weil die dortigen Bruttoverdienste einer geringeren Steuerprogression unterliegen, einen geringeren Abstand zum entsprechenden Westniveau als die Bruttoverdienste auf. Aber das ist der Sinn eines nach „Leistungsfähigkeit“ konstruierten Steuersystems (das bei der Lohnsteuer immerhin noch funktioniert), der sich im übrigen auch als Einkommensgefälle zwischen

¹⁵⁾ Zu weiteren Details s. Fachserie 16 (Verdienststatistik) des Statistischen Bundesamtes sowie Kaukewitsch, P., Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 für 1995, in: Wirtschaft und Statistik 1/1998, S. 46 ff.; die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung deckt denselben Berichtsbereich ab wie die Verdienststatistik, wird allerdings wegen des größeren Erhebungsaufwands nur alle paar Jahre durchgeführt und ist wegen des letzten Berichtsjahres 1995 schon nicht mehr ganz aktuell.

¹⁶⁾ Zum überdurchschnittlichen Ausmaß von Tarifrucht und Tarifbruch in Ostdeutschland s. Artus, J., Sterkel, G., Bruchige Tarifrealität – Ergebnisse einer empirischen Studie zur Tarifgestaltungspraxis in Betrieben der ostdeutschen Metall-, Bau- und Chemieindustrie, in: WSI-Mitteilungen 7/1998, S. 431, insbesondere Tabelle 1, Seite 435; s. auch Maier, H., Gefährliche Schlagseite – Die Folgen der Treuhand-Politik ..., in: Die Zeit 22/1998, S. 35.

Entwicklung der durchschnittlichen Effektivverdienste von ArbeitnehmerInnen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
(einschließlich Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe¹⁾) in DM und vH²⁾
– alte und neue Bundesländer –

Wirtschaftsbereich		1990				1991				1993				1995				1996				1997				1998	
		1. Hj.		2. HJ.		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾		JD ⁵⁾			
Geschlecht		West in DM	West in vH	Ost in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH	West in DM	Ost in vH		
Arbeiter																											
Industrie ³⁾		3382	35,4	3540	40,8	3672	50,3	3952	70,8	4269	72,0	4330	75,4	4273	75,4	4406	75,3	4393	76,4	4417	76,3	4387	76,0	4380	76,0		
– Männer		–	–	–	–	3867	49,7	4140	59,8	4469	71,1	4519	74,4	4449	74,4	4592	74,5	4579	75,6	4606	75,4	4571	75,1	4561	75,1		
– Frauen		–	–	–	–	2737	54,1	2947	72,0	3178	73,8	3268	79,6	3268	80,2	3328	79,4	3315	80,5	3319	81,4	3311	80,6	3347	81,5		
Industrie (ohne Bauindustrie) ⁶⁾		3379	35,4	3528	39,1	3645	46,8	3919	66,3	4248	68,1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Hoch- und Tiefbau ⁴⁾		3404	35,4	3642	49,0	3802	63,4	4175	76,0	4404	76,8	4436	76,4	3979	81,8	4479	77,1	4568	76,2	4506	75,7	4443	76,9	4128	79,4		
Angestellte																											
Industrie ³⁾ sowie Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁷⁾		4301	30,5	4425	34,9	4651	44,8	5102	65,1	5445	70,6	5481	72,8	5537	73,3	5574	73,6	5596	74,0	5611	74,0	5588	73,8	5647	74,2		
Industrie ³⁾		4863	27,2	5047	31,1	5278	41,6	5774	60,0	6148	65,4	6357	72,8	6385	73,5	6450	73,3	6465	73,9	6480	74,4	6455	73,9	6491	74,7		
– Männer		–	–	–	–	5788	42,1	6309	61,7	6702	67,3	6920	75,0	6931	75,8	7000	75,6	7015	76,3	7026	76,7	7003	76,3	7030	77,1		
– Frauen		–	–	–	–	3884	49,0	4292	68,4	4596	73,7	4784	81,0	4842	81,2	4889	81,0	4905	81,5	4926	81,9	4899	81,5	4950	82,2		
Industrie (ohne Bauindustrie) ⁶⁾		4865	27,2	5049	30,3	5278	40,1	5775	58,1	6151	63,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Hoch- und Tiefbau ⁴⁾		4705	28,9	5012	38,7	5263	54,2	5754	70,3	6099	74,3	6225	77,6	6191	78,3	6274	78,0	6368	77,1	6347	77,3	6314	77,5	6321	77,5		
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁷⁾		3623	34,0	3683	39,5	3892	46,7	4398	68,2	4724	72,9	4666	73,6	4746	74,2	4754	75,1	4782	75,3	4793	75,0	4775	75,0	4854	75,1		
– Männer		–	–	–	–	4548	44,5	5120	67,2	5431	71,2	5307	71,6	5370	72,4	5368	73,2	5398	73,6	5408	73,0	5391	73,1	5464	72,8		
– Frauen		–	–	–	–	3220	55,2	3647	79,0	3947	84,0	3973	81,4	4055	81,9	4066	82,9	4089	82,9	4098	82,8	4082	82,7	4157	83,0		
Arbeiter und Angestellte zusammen																											
Industrie ³⁾		3841	32,3	4002	37,1	4168	47,1	4550	65,7	4914	68,1	5035	72,5	5031	72,7	5128	72,7	5121	73,5	5146	73,4	5118	73,2	5138	73,5		
Industrie (ohne Bauindustrie) ⁶⁾		3858	32,2	4016	35,7	4180	44,4	4562	62,6	4937	65,7	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–		
Hoch- und Tiefbau ⁴⁾		3633	34,5	3860	47,2	4045	61,8	4438	74,4	4717	75,9	4757	76,1	4464	79,5	4822	76,7	4902	75,7	4843	75,2	4800	76,3	4599	77,6		

1) Nur Angestellte. – 2) Ostverdienste in vH der Westverdienste. – 3) Einschließlich Hoch- und Tiefbau, letzterer mit Handwerk; ab 1996 bezeichnet mit „Produzierendes Gewerbe“. – 4) Mit Handwerk, ab 1996 ohne Handwerk. – 5) Jahresdurchschnitt. – 6) Ab 1996 nicht mehr ausgewiesen. – 7) Ab 1996 einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 16 – Verdienstatistik). – Berechnungen des WSI.

zurückzuführen¹⁸⁾ und das vom IW bemühte, für das Jahr 1993 in 50 west- und ostdeutschen Städten berechnete sonstige Preisgefälle zugunsten des Ostens¹⁹⁾ dürfte inzwischen weitgehend nivelliert sein²⁰⁾. An dieser Stelle muß schließlich auch noch einmal daran erinnert werden, daß die Verdienstatistik gerade viele Dienstleistungsbereiche nicht erfaßt, die im Westen und vermutlich noch stärker im Osten mit häufig niedrigen Effektivverdiensten verknüpft sind. Entsprechende Indizien hatte schon die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 (EVS) gerade auch für Ostdeutschland geliefert²¹⁾.

Weit mehr Indizien dazu kann die Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit bieten, die aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit gezogen wird; in letzterer sind die obligatorischen Arbeitgebermeldungen für jeden einzelnen sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer und seines entsprechenden Arbeitseinkommens enthalten, also auch aus den von der Verdienst-

ländlichen Räumen und Ballungszentren innerhalb Westdeutschland bemerkbar macht. Wenn dann aber, die Ost-West-Differenz bei den Nettoverdiensten noch weiter verringert wird, indem für Ostdeutschland ein niedrigeres Preisniveau bzw. eine höhere Kaufkraft behauptet wird¹⁷⁾, ist die Grenze zur Seriosität wiederum tangiert. Denn die in Ostdeutschland 1997 noch um ca. 14 vH geringeren Mieten sind größtenteils auf die im Durchschnitt schlechtere Ausstattung der ostdeutschen Wohnungen

¹⁷⁾ So z. B. vom Institut der deutschen Wirtschaft, Angleichung ostdeutscher Einkommen an westdeutsche Niveaus – eine Bestandsaufnahme, in: IW-Trends 3/1998, S. 1 ff.

¹⁸⁾ So jedenfalls die Ergebnisse von Frick, J., Lahmann, H., Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1997, in: DIW-Wochenbericht 22/1998, S. 392 ff.

¹⁹⁾ Siehe Ströhl, G., Zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 Städten, in: Wirtschaft und Statistik 6/1994, S. 415 ff.

²⁰⁾ Allein die Preise für Dienstleistungen sind – Stand 1997 – in Ostdeutschland noch niedriger als im Westen: s. DIW (Berlin), IfW (Kiel), IWH (Halle), Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Siebzehnter Bericht, in: DIW-Wochenbericht 3/1998, S. 43 ff.

²¹⁾ Siehe den letztjährigen WSI-Verteilungsbericht.

Verteilung von Vollzeitbeschäftigten auf relative Einkommenspositionen¹⁾ 1975, 1986 und 1995
 – Effektive Bruttoarbeitseinkommen in vH des durchschnittlichen Arbeitseinkommens aller
 Vollzeitbeschäftigten –

Einkommensposition von ... bis unter ... vH ¹⁾	1975			1986			1995		
	Anteile ²⁾ in vH	Anteile ²⁾ kumuliert in vH	Anteile) zusammen- gefaßt ³⁾ in vH	Anteile in vH in der jeweiligen Klasse	Anteile kumuliert in vH	Anteile zusammen- gefaßt in vH	Anteile in vH in der jeweiligen Klasse	Anteile kumuliert in vH	Anteile zusammen- gefaßt in vH
0–20	0,3	0,3	} 29,7	1,0	1,0	} 34,8	0,9	0,9	} 35,9
20–25	0,8	1,1		0,8	1,8		0,9	1,8	
25–50	9,4	10,5		9,7	11,5		9,1	10,8	
50–68	11,8	22,3		14,3	25,8		16,0	26,9	
68–75	7,4	29,7	} 56,1	9,0	34,8	} 49,1	9,0	35,9	} 47,8
75–100	34,0	63,7		31,7	66,5		31,8	67,6	
100–125	22,1	85,8		17,5	83,9		16,0	83,7	
125–130	3,3	89,1		2,0	85,9	} 16,1	1,8	85,5	} 16,3
130 und mehr	10,9	100,0	} 14,2	14,1	100,0		14,6	100,0	

1) Die Einkommenspositionen sind definiert als vH-Anteile vom sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Durchschnittseinkommen; letzteres ist berechnet von allen in sozialversicherungspflichtiger Vollzeit beschäftigten Deutschen (Männer und Frauen zusammen). – 2) Anzahl der Beschäftigten in der jeweiligen Einkommensposition bzw. in den angegebenen Einkommensgrößenklassen in vH aller Vollzeitbeschäftigten. – 3) Einkommen zwischen der Position 0 und 75 vH des Einkommensdurchschnitts: „prekäre“ Einkommen; zwischen 75 und 125 vH: „Mittelstands“-Einkommen; über 125 vH: „höhere“ Einkommen einschließlich solcher über der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung.

Quelle: Beschäftigtenstichprobe des IAB. – Berechnungen des WSI.

statistik nicht erfaßten Wirtschaftszweigen. Die erstmalig gezogene 1 vH-Beschäftigtenstichprobe deckte den Zeitraum 1975 bis 1990 für Westdeutschland ab und war vom WSI in Kooperation mit dem IAB insbesondere zur Analyse von Niedrigeinkommen genutzt worden²²⁾. Eine kürzlich neu gezogene 1 vH-Stichprobe bezieht jetzt den Zeitraum von 1975 bis 1995 für Westdeutschland und von 1991 bis 1995 für Ostdeutschland ein. In Fortsetzung der erwähnten Kooperation sollen die Niedriglohn-Analysen für den Westen aktualisiert und für den Osten erstmals vorgelegt werden, wobei gerade auch die in der Verdienststatistik nicht enthaltenen Dienstleistungs-Beschäftigungsbereiche zu prüfen sind.

Im vorliegenden Aufsatz können schon für die gesamtwirtschaftliche Ebene vorläufige erste Berechnungen vorgestellt werden, die die Verteilung von Vollzeit-Arbeitseinkommen auf relative Einkommenspositionen betreffen – definiert als Anteile bzw. entsprechende Einkommensschwellenwerte vom arithmetischen Durchschnitt aller Vollzeiteinkommen, in die auch in der Beschäftigtenstatistik generell nicht enthaltene Einkommensbestandteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung mit Hilfe von entsprechenden Angaben aus den EVS 1978 bis 1993 einbezogen wurden²³⁾. Die in Tabelle 9 enthaltenen Ergebnisse (die eine vergleichbare Tabelle aus dem letztjährigen WSI-Verteilungsbericht um Angaben für 1986 und 1995 aus der neuen Stichprobe ergänzen) belegen für Westdeutschland die Fortsetzung einer offenbar schon vor 20 Jahren begonnenen Entwicklung, die man die Antizipation der heute politisch geforderten „Lohnspreizung“ nennen kann. Allerdings ist diese Spreizung zuletzt nicht mehr so ausgeprägt wie vor 1986, nimmt man die größeren Veränderungen zwischen 1986 und 1995 in Augenschein. Danach hat die Besetzung der Einkommensklasse zwischen 50 vH und 68 vH des

durchschnittlichen Arbeitseinkommens, die man generell den „prekären“ Einkommensbereichen zuordnen kann, um rund zwei Prozentpunkte zugenommen; leicht zugenommen hat auch die oberste Einkommensklasse ab 130 vH und mehr, deren unterer Rand etwa mit der Beitragsbemessungsgrenze zusammenfällt. Um rund anderthalb Prozentpunkte abgenommen hat eine Klasse mit „gut mittleren“ Einkommen zwischen 100 vH und 125 vH, während die generell am stärksten besetzte Einkommensklasse mit „knapp mittleren“ Einkommen zwischen 75 vH und 100 vH stabil geblieben ist.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die damit belegte Tendenz zur Spreizung der Arbeitseinkommen für jedes Jahr in Tabelle 9 systematisch unterschätzt wird, weil die EVS bekanntlich nur einen Teil hoher Einkommen abbilden kann und damit auch viele Arbeitseinkommen abhängiger Manager und anderer Arbeitnehmer in leitenden Funktionen mit Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nur teilweise erfaßt. Deshalb ist der aus den Einkommensangaben der Beschäftigtenstichprobe und der EVS zusammen berechnete Mittelwert aller Arbeitseinkommen zu niedrig und drückt damit z. B. auch von ihm abgeleitete Einkommensschwellen zur Messung einer relativen Einkommensarmut in der Vollzeitarbeit. Zusätzlich könnte die Polarisierung besonders für 1995 aus mehreren Gründen unterschätzt sein. So könnte die Verlängerung der zuletzt originär aus 1993 stammenden EVS-Angaben bis 1995 im

²²⁾ Vgl. Schäfer, C., Empirische Überraschung und politische Herausforderung: Niedriglöhne in Deutschland, in: Becker, I., Hauser, R. (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut – Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt/New York 1997, S. 83 ff.; s. auch die Untersuchungen von Bäcker und Hanesch, die sich insbesondere mit dem Verhältnis von niedrigen Arbeitseinkommen und Sozialhilfeeinkommen beschäftigen, zuletzt Bäcker, G., Hanesch, W., Niedrige Arbeitseinkommen und Armut bei Erwerbstätigen, in: Sozialer Fortschritt 7/1998, S. 165 ff.

²³⁾ Zum Verfahren s. Schäfer, C., Empirische Überraschung ..., a.a.O.

Tabelle 9

Relative Wohlstandspositionen der privaten Haushalte in Westdeutschland
 – Bruttoeinkommen¹⁾, verfügbares Einkommen²⁾ und Umverteilungseffekte³⁾ in vH des Durchschnittseinkommens aller Haushalte –

Haushaltsgruppe ⁴⁾	1980 ⁵⁾			1993 ⁵⁾			1996 ⁶⁾			1997 ⁶⁾		
	Brutto ¹⁾	Verfügb. ²⁾	Umv. ³⁾	Brutto ¹⁾	Verfügb. ²⁾	Umv. ³⁾	Brutto ¹⁾	Verfügb. ²⁾	Umv. ³⁾	Brutto ¹⁾	Verfügb. ²⁾	Umv. ³⁾
Selbständige (o. Landwirte)	312,4	227,6	-30,8	347,2	283,4	-23,2	389,9	341,8	-17,7	411,8	372,4	-16,5
Arbeitnehmer	132,8	107,7	-23,0	135,3	105,9	-26,3	130,5	98,8	-28,9	127,2	96,7	-29,8
– Beamte	143,3	132,1	-12,5	143,4	130,7	-14,2	138,3	121,9	-17,2	134,9	119,2	-18,3
– Angestellte	146,6	113,3	-26,6	148,3	110,3	-30,0	143,1	102,9	-32,5	139,5	100,7	-33,3
– Arbeiter	118,7	97,6	-21,9	118,5	94,7	-24,8	114,3	88,3	-27,4	111,5	86,4	-28,3
Nichterwerbstätige	21,9	69,8	-202,7	26,2	68,8	-147,5	–	–	–	–	–	–
– Arbeitslose	19,4	60,7	–	16,9	55,4	–	–	–	–	–	–	–
– Sozialhilfeempfänger	4,5	40,8	–	2,4	44,9	–	–	–	–	–	–	–
– Rentner	19,9	69,0	–	23,9	70,0	–	–	–	–	–	–	–
– Pensionäre	21,2	98,9	–	26,3	99,5	–	–	–	–	–	–	–
Alle Haushalte	100,0	100,0	–	100,0	100,0	–	100,0	100,0	–	100,0	100,0	–
(nachr.: in DM/Monat)	(3 308)	(3 142)	–	(5 225)	(4 917)	–	(5 809)	(5 457)	–	(6 013)	(5 555)	–

1) Bruttoeinkommen der Haushalte aus Erwerb und Vermögen einschließlich Entnahmen der Unternehmen ohne eigenen Rechtspersönlichkeit; nicht gewichtet mit der Personenzahl pro Haushalt. – 2) Nach Abzug von direkten Steuern und Sozialabgaben, zuzüglich öffentliche Einkommenstransfers; nicht gewichtet mit der Personenzahl pro Haushalt. – 3) Differenz zwischen Bruttoeinkommen und verfügbarem Einkommen in vH des Bruttoeinkommens; sie wird mit dem Saldo der Umverteilungsmaßnahmen des Staates gleichgesetzt, also im wesentlichen dem Saldo zwischen direkten Steuern und Sozialabgaben einerseits sowie öffentlichen Einkommenstransfers andererseits. – 4) Definiert nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands. – 5) Originäre Angaben des Statistischen Bundesamtes. – 6) Vom WSI auf der Basis von 1993 hochgerechnet mit verschiedenen Zuwachsraten für adäquate Brutto-, Netto- und verfügbare Einkommen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: September 1998).

Quelle: Statistisches Bundesamt. – Berechnungen des WSI.

Rahmen einer einfachen Einkommensfunktion den seit 1993 besonderen Anstieg hoher Einkommen nicht ausreichend widerspiegeln, für den es auf gesamtwirtschaftlicher Ebene (s. oben) mehrere Hinweise gibt; und ebenso könnten immer noch eingehende Nachmeldungen von Arbeitgebern über Sozialversicherungspflichtige und deren Arbeitseinkommen für 1994 und 1995, die erfahrungsgemäß eher untere Einkommen oder nicht ganzjährig Beschäftigte betreffen, das Ergebnis beeinträchtigen²⁴⁾.

4. Haushaltseinkommen sozialer Gruppen vor und nach der staatlichen Umverteilung

Die Gewinne und die Arbeitseinkommen auf der funktionellen Ebene fließen letztlich direkt oder indirekt über die staatliche Umverteilung den privaten Haushalten zu und bestimmen dort die laufende materielle Basis ihres Lebensstandards. Eine jährliche empirische Bestandsaufnahme der jeweiligen durchschnittlichen Wohlstandspositionen für alle privaten Haushalte, Erwerbstätigen- wie Nichterwerbstätigen-Haushalte, ist vom Statistischen Bundesamt für Westdeutschland bekanntlich zuletzt für 1993 vorgelegt worden. Bis die zwischenzeitliche Ankündigung des Statistischen Bundesamtes realisiert ist, zumindest für die gesamtdeutsche Ebene solche Berechnungen für die Zukunft wieder vorzulegen, werden die früheren Angaben des Statistischen Bundesamtes für die Erwerbstätigen-Haushalte der alten Bundesländer auf Basis 1993 vom WSI hilfsweise hochgerechnet (s. Tabelle 10). Zwangsläufig schlagen sich dabei die unterschiedlichen funktionalen Einkommensentwicklungen nieder: Die relative Einkommens- bzw. Wohlstandsposition der Selbständigen-Haushalte ohne Landwirte – hier definiert als Anteil ihrer Einkommen am Durchschnitt aller Haushaltseinkommen – hat sich brutto wie netto weiter deutlich verbessert, die der

Arbeitnehmer-Haushalte dagegen umgekehrt verschlechtert. Bei den letzteren sinkt die Wohlstandsposition in der letzten Zeit selbst brutto unter das Niveau von 1980, und zwar für die Arbeitnehmer-Haushalte insgesamt wie für die einzelnen Statusgruppen mit Beamten, Angestellten und Arbeitern als Haushaltsvorständen. Aber vor allem das aktuell zu verzeichnende Niveau der verfügbaren Haushaltseinkommen, also der Bruttoeinkommen nach der staatlichen Umverteilung einschließlich öffentlicher Geldtransfers, liegt deutlich niedriger als 1980. Verantwortlich für diese Scherentwicklung sind die konjunkturelle Einkommensentwicklung bzw. die Einkommensentstehung durch Produktion und Beschäftigung am Arbeitsmarkt – und insbesondere die Umverteilungspolitik selbst. Im Zeitvergleich zwischen 1980 und dem aktuellen Rand ist die relative Entlastung der Selbständigen-Haushalte und die relative Mehrbelastung der Arbeitnehmer-Haushalte deutlich zu erkennen; bei ersteren beträgt das Ausmaß der Entlastung fast die Hälfte des Belastungsniveaus von 1980 (s. jeweils die Spalte „Umverteilung“ in Tabelle 10).

Es ist in diesem Bericht schon früher mehrfach darauf hingewiesen worden, daß diese Entlastung durch gesetzliche Maßnahmen wie durch illegales Handeln, im wesentlichen durch Steuerhinterziehung, zustande gekommen ist. Die Entlastungswirkungen durch Nut-

²⁴⁾ Im übrigen wird der genannte Befund einer Polarisierung der individuellen Brutto-Arbeitseinkommen auch auf Basis allein von EVS-Daten für den Zeitraum 1973 bis 1988 belegt, obwohl die EVS im Vergleich zu den IAB-Daten die wesentlich kleinere Stichprobe ist und obwohl die EVS nicht nur die oberen, sondern auch die unteren Arbeitseinkommen nur unzulänglich abbildet; s. zu entsprechenden Auswertungsergebnissen der EVS Becker, I., Hauser, R., Abgaben- und Transfersystem wirkt Polarisierungstendenzen (der Faktoreinkommen) entgegen – Kernel Density-Schätzungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 bis 1988, in: Arbeitspapier Nr. 12 des EVS-Projekts Personelle Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. (Dezember) 1997, hier insbesondere S. 10.

Tabelle 11

Direkte Abgabenbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens¹⁾ nach relativen Einkommensklassen²⁾ und sozialer Stellung der Bezugsperson³⁾ 1983, 1988 und 1993 in Westdeutschland

		Relatives Bruttoeinkommen von ... bis unter ...											
Haushaltsgruppe		- 0,50	0,50 - 0,75	0,75 - 1,00	1,00 - 1,25	1,25 - 1,50	1,50 - 1,75	1,75 - 2,00	2,00 - 2,25	2,25 - 2,50	2,50 - 3,00	3,00 u. m.	Alle
Abgabenbelastung insgesamt													
Alle Haushalte ⁴⁾	1983	3,2	13,0	18,8	20,4	22,1	22,9	23,9	23,8	25,4	25,2	29,4	19,9
	1988	6,1	13,5	19,5	21,1	22,2	23,3	24,0	24,2	23,7	25,4	28,4	20,3
	1993	7,2	15,1	19,8	20,6	22,3	23,0	23,5	23,4	22,8	23,8	24,1	20,1
Selbständige (ohne Landwirte)	1983	8,2	7,2	10,7	12,3	14,8	15,4	18,6	19,1	21,8	22,7	29,5	21,1
	1988	6,4	8,7	10,2	11,5	13,2	14,7	16,3	17,0	15,8	21,2	27,6	19,5
	1993	8,4	7,6	11,0	11,3	12,6	14,1	14,5	17,8	15,1	19,7	24,2	17,5
Arbeitnehmer	1983	19,5	26,0	24,7	23,9	24,4	25,1	25,6	25,8	26,9	27,5	30,1	25,1
	1988	19,3	26,6	26,2	24,6	25,1	25,8	26,2	26,5	26,6	27,7	30,1	25,9
	1993	21,7	27,8	25,8	24,4	25,2	25,5	25,9	25,8	25,3	25,9	24,6	24,5
Einkommensteuer													
Alle Haushalte ⁴⁾	1983	1,2	6,3	9,5	11,1	12,8	14,0	15,7	16,6	18,5	19,7	26,7	12,4
	1988	1,3	5,7	9,3	10,8	12,3	13,7	15,0	16,0	16,7	19,3	25,3	11,9
	1993	1,6	6,2	9,0	10,5	12,3	13,5	14,6	15,8	15,9	17,7	21,0	11,5
Selbständige (ohne Landwirte)	1983	3,7	4,4	7,7	8,0	11,2	11,5	14,9	15,5	18,1	19,7	27,4	18,0
	1988	3,9	5,8	6,8	8,3	10,1	11,2	12,6	13,3	13,8	19,0	25,9	16,9
	1993	4,3	4,4	7,2	8,1	9,0	11,0	11,8	14,5	12,5	16,8	22,6	14,9
Arbeitnehmer	1983	8,4	12,5	12,2	12,7	13,8	15,0	16,3	17,4	19,1	20,5	26,2	14,8
	1988	7,6	12,8	12,8	12,4	13,7	14,9	16,1	17,2	18,1	20,0	25,2	14,8
	1993	8,2	12,9	11,8	12,1	13,7	14,7	15,6	16,8	17,2	18,6	19,6	14,2
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung													
Alle Haushalte ⁴⁾	1983	2,0	6,7	9,3	9,3	9,3	8,9	8,3	7,3	6,9	5,5	2,7	7,5
	1988	4,8	7,8	10,2	10,3	9,9	9,6	9,0	8,2	7,1	6,1	3,1	8,4
	1993	5,6	8,9	10,8	10,2	10,1	9,5	8,9	7,6	6,8	6,1	3,1	8,6
Selbständige (ohne Landwirte)	1983	4,5	2,9	3,0	4,3	3,6	4,0	3,7	3,6	3,7	3,1	2,1	3,1
	1988	2,5	2,9	3,4	3,3	3,0	3,6	3,6	3,7	2,0	2,3	1,8	2,6
	1993	4,2	3,2	3,8	3,2	3,6	3,1	2,7	3,3	2,6	2,9	1,6	2,6
Arbeitnehmer	1983	11,1	13,5	12,5	11,1	10,6	10,1	9,3	8,4	7,8	7,0	3,9	10,3
	1988	11,7	13,8	13,5	12,2	11,4	10,8	10,2	9,3	8,5	7,8	4,9	11,1
	1993	13,5	15,0	14,0	12,3	11,6	10,9	10,3	8,9	8,1	7,3	4,9	11,3

1) Einkommensteuer und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung in vH des Haushaltsbruttoeinkommens. – 2) Haushaltsbruttoeinkommen in Relation zum durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommen (DM 46.096 im Jahr 1983, DM 54.083 im Jahr 1988 und DM 72.568 im Jahr 1993). – 3) Alle Haushalte nur mit deutscher Bezugsperson. – 4) Erwerbstätigen- und Nichterwerbstätigen-Haushalte.

Quellen: EVS-Datenbank (Einkommens- und Verbrauchsstichproben) des HBS-Projekts „Personelle Einkommensverteilung“; Berechnungen von Dr. Irene Becker/Universität Frankfurt. WSI '98.

zung legaler Möglichkeiten sind im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht anhand von Analysen des Landesrechnungshofes Baden-Württemberg für deklarierte Jahreseinkommen ab 250 000 DM auf Basis individueller Steuerakten dargestellt worden. Für diesen Bereich von hohen und höchsten Einkommen, in dem in der Regel abhängige Manager, Freiberufler, Unternehmer u. ä. positioniert sind, konnte mit steigendem Einkommen eine zunehmende Entlastungswirkung durch Nutzung „steuertechnischer Verluste“ ermittelt werden. Zum Beispiel war 1993 im Bereich zwischen 250 000 und 300 000 DM Jahreseinkommen wegen solcher steuertechnischer Verluste eine durchschnittliche Steuerlast von 13 vH zu tragen; ohne solche Verluste hätte nach Angaben des Landesrechnungshofs die Steuerlast immerhin 24 vH betragen. Da aber der Rechnungshof nicht geprüft hatte, ob die deklarierten Einkommen nicht niedriger ausfallen als die tatsächlich erzielten, kann im Fall von teilweiser Nicht-Deklaration und entsprechender Steuerhinterziehung die faktische Steuerlast noch niedriger ausfallen – und zwar nicht nur in der beispielhaft erwähnten Einkommensgrößenklasse.

Für Einkommen unterhalb dieser Schwelle, wo man die meisten Einkommensbezieher und insbesondere Arbeitnehmer vermuten kann, bietet die Ein-

kommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) die Möglichkeit, den Entlastungswirkungen von legalem und illegalem Handeln nachzuspüren, allerdings nur als Gesamteffekt bzw. nicht einzelnen Ursachen zurechenbar. Tabelle 11 zeigt eine Auswertung der Belastung durch direkte Steuern und Sozialabgaben für soziale Haushaltsgruppen und verschiedene Einkommensgrößenklassen für die alten Bundesländer zwischen 1983 und 1993²⁵⁾. Auch für diesen „normalen“ Einkommensbereich zeigt sich eine mit steigenden Einkommen nicht sonderlich zunehmende Steuerprogression, die wohl auf mit wachsendem Einkommen zunehmende Steuersparmöglichkeiten hinweist. Zwar sind diese Sparmöglichkeiten nicht so ausgeprägt wie bei den hohen und höchsten Einkommensregionen, die der Landesrechnungshof untersucht hat. Dafür aber zeigt sich ein anderer und nicht weniger problematischer Aspekt des Steuersystems: selbst bei einem gleich hohen Brutto-Haushaltseinkommen ist die Belastung von Selbständigen-Haushalten mehr oder weniger deutlich geringer als die von Arbeitnehmer-Haushalten – und diese Differenz hat im Zeitverlauf

²⁵⁾ Die entsprechenden Berechnungen wurden von Dr. Irene Becker am Lehrstuhl von Prof. Hauser der Universität Frankfurt/Main vorgenommen im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojektes „Personelle Einkommensverteilung“.

zugenommen. Das heißt: die Möglichkeiten zur Steuer-
ervermeidung hängen nicht nur generell von wach-
sendem Einkommen, sondern auch vom Status des
Haushalts, genauer: vom Selbständigenstatus ab.

Bezogen beide Haushalte z. B. 1993 ein Bruttojah-
reseinkommen von 36 000 DM – was der Hälfte des
Durchschnittseinkommens aller Haushalte entsprach
–, so zahlte der Selbständigen-Haushalt 1 600 DM
Einkommensteuer, der Arbeitnehmer-Haushalt aber
4 900 DM. Doch selbst beim Doppelten des durch-
schnittlichen Haushaltseinkommens im Jahre 1993
(145 000 DM) zahlte der Selbständigen-Haushalt mit
22 500 DM Einkommensteuer fast 2 000 weniger als
ein Arbeitnehmer-Haushalt (24 400 DM) mit dem
gleich hohen Bruttoeinkommen. Die Steuerbegünsti-
gung der Selbständigen-Haushalte hat zwischen 1983
und 1993 zugenommen. Aber es gibt in diesem Zeit-
raum auch eine Tendenz zur Begünstigung höherer
und hoher Einkommen unabhängig vom sozialen
Status.

Mit steigendem Einkommen wächst die Steuerlast
deutlich langsamer, und zwar 1993 noch verhaltener
als 1983. Anders ausgedrückt: Die Steuerprogression
war moderat und ist bis 1993 noch moderater gewor-
den. Oder noch anders formuliert: 1993 z. B. blieb ei-
nem Selbständigen-Haushalt mit einem Jahresbrut-
toeinkommen von 145 000 DM (also dem Doppelten
vom allgemeinen Einkommensdurchschnitt aller
Haushalte) nach Abzug seiner Steuerlast (14,5 vH des
Haushaltseinkommens) ein Einkommen von 124 100
DM übrig. Das aber waren rund 60 000 DM mehr als
das Einkommen nach Steuern, das einem Arbeitneh-
mer-Haushalt mit einem nur durchschnittlichen
Haushaltseinkommen (72 500 DM) nach Abzug sei-
ner Steuerlast von 12,1 vH verblieb, nämlich 63.800
DM. In absoluten Beträgen hatte der Selbständigen-
Haushalt also nicht nur das doppelte Bruttoeinkom-
men, sondern auch nahezu den doppelten finanziellen
Handlungsspielraum nach Steuern. Diese DM-Beträ-
ge machen im übrigen auch deutlich, daß relative
Steuerlastunterschiede in Prozentpunkten vom Brut-
toeinkommen die Differenz beim ausgabefähigen
Einkommen bzw. auch beim Lebensstandard „op-
tisch“ untertreiben.

Für Arbeitnehmer-Haushalte gibt es laut den EVS-
Ergebnissen sogar überhaupt keine Progression,
wenn man Einkommensteuer und Sozialabgaben zu-
sammennimmt. Denn selbst niedrige Einkommen mit
einer entsprechend geringen Steuerlast werden durch
Abgaben gleich relativ hoch belastet. Und mit stei-
gendem Einkommen wird der relative Anstieg der
Steuerlast ausgeglichen durch einen relativen Rück-
gang der Last auf Sozialabgaben. Die gesamte Abga-
benlast macht bei Arbeitnehmer-Haushalten in fast
allen Einkommensklassen deshalb rund 25 vH aus,
ausgerechnet in den untersten Einkommensklassen
aber sogar bis zu 28 vH. Die Ursache ist, daß im So-

zialversicherungssystem ab der ersten verdienten
Mark Sozialversicherungsbeiträge abzuführen sind,
die Abführungsverpflichtung aber nur bis zur Bei-
tragsbemessungsgrenze reicht. Dieser strukturbeding-
te Effekt macht sich 1993 noch stärker als in der Ver-
gangenheit bemerkbar, weil zwischenzeitlich die Sozi-
alversicherungsbeitragssätze deutlich angehoben wor-
den sind.

Diese Ergebnisse der EVS 1983 bis 1993 dürften
nach allem Anschein für die 1998 durchgeführte bzw.
andauernde EVS noch pointierter ausfallen. Umso
mehr Beachtung sollten auch sie für eine angekündig-
te Steuerreform bekommen, weil sie noch einmal die
Notwendigkeit einzelner Reformaspekte bekräften:
Illegale Steuerschlupflöcher sollten möglichst gestopft
und legale Umgehungen zumindest insoweit be-
schränkt werden, daß die Entlastungswirkungen we-
der von steigendem Einkommen noch vom Status ab-
hängig sind. Aber die EVS-Ergebnisse machen auch
auf ein Defizit der bisherigen öffentlichen Debatte
um Reformen speziell bei den Abgaben aufmerksam:
Es wurden zwar die hohen und gestiegenen Sozialab-
gaben in den Blick genommen bzw. ihre Absenkung
zur Entlastung gefordert, nicht zuletzt durch eine an-
dere Finanzierung von „versicherungsfremden“ Sozi-
alleistungen. Aber übersehen wird bis heute die über-
durchschnittliche Belastung durch Sozialabgaben ge-
rade bei Haushaltsgruppen mit niedrigem Einkom-
men. Warum aber sollen solche niedrigen Einkom-
men wegen des Existenzminimums von Steuerlasten
weitgehend verschont werden, nicht aber gleichzeitig
auch von Sozialabgaben? Zu entsprechenden Lö-
sungsmöglichkeiten gibt es noch Diskussionsbedarf,
zumal die „beste“ Lösung in Form einer reinen steu-
erfinanzierten sozialen Sicherung wie z. B. in Däne-
mark für Deutschland aus verschiedenen Gründen zu
weit „entfernt“ sein dürfte²⁶).

Aber nicht nur Steuern und Abgaben tragen in ih-
rer derzeitigen Verteilung eher zur Verschärfung von
Einkommensunterschieden bei. Auch die heutige Ver-
teilung öffentlicher Geldtransfers ist offenbar teilwei-
se problematisch, weil sie entgegen häufiger Intention
nicht immer bei Bedürftigen oder Anspruchsberech-
tigten ankommen. Hierzu verdient z. B. die jüngste
Bestandsaufnahme des Instituts für angewandte Wirt-
schaftsforschung (IAW) zu „Sozialtransfers“ im Auf-
trag des Bundesministeriums für Wirtschaft Beach-
tung, auch wenn man sich den Lösungsvorschlägen
nicht anschließt²⁷). Eine Einbeziehung von „Unter-
nehmenstransfers“, insbesondere von Subventionen,
in eine entsprechende Analyse würde die Probleme

²⁶ Zu weiteren möglichen steuerpolitischen Konsequenzen dieser empiri-
schen Befunde s. Schäfer, C., Wen drücken denn eigentlich die Steuern?,
in: Frankfurter Rundschau, Dokumentationsseite vom 6. 5. 1998 sowie
derselbe, Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland – Gutachten im
Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (Mai) 1998.

²⁷ Vgl. Volkert, J. u. a., Fehlsteuerungen der Umverteilungspolitik in
Deutschland und Ansätze für eine Neuordnung, Gutachten im Auftrag
des BMWi, Tübingen 1998.

vermutlich verschärfen, zumal alle Transfers von ohnehin ungleich verteilten staatlichen Abgaben finanziert werden. Im übrigen wirkt das staatliche Umverteilungssystem insgesamt bzw. per Saldo nicht nur im Durchschnitt (s.o.), sondern auch bei einer Differenzierung von verschiedenen Einkommensgruppen kaum noch korrigierend auf eine sich polarisierende Verteilung der Faktor- oder Primäreinkommen. Allenfalls scheint diese Polarisierung auf der Ebene von Brutto-Individualeinkommen durch die öffentliche Umverteilung nur noch gemildert werden zu können, wie eine Auswertung der EVS-Daten von 1973 bis 1988 für Westdeutschland zeigt²⁸⁾.

5. Vermögensverteilung der privaten Haushalte

Seit Jahren ungleicher werdende Einkommensentwicklungen auf funktionaler und personeller Ebene – insbesondere bei den verfügbaren Einkommen, die die Verausgabungs- und Sparfähigkeit bestimmen – müssen auch über die jährlich unterschiedliche Vermögensbildung zu einer größeren Ungleichheit in der Vermögensverteilung führen. Zwar ist die empirische Informationslage hier noch unbefriedigender als bei den Einkommen, nicht zuletzt weil in vielen Erhebungen einschließlich der EVS große Teile des vorhandenen Privatvermögens gar nicht erfaßt werden, die wiederum wie etwa das Eigentum an Miethäusern sehr stark auf wenige Haushaltsgruppen konzentriert sind²⁹⁾. Immerhin aber belegen einige neuere Untersuchungen auf der Basis der EVS³⁰⁾, aber auch zu den Lücken der EVS³¹⁾ eine große und teilweise auch im Vergleich zur Vergangenheit gestiegene Vermögenskonzentration, wobei parallel zur Einkommenslage auch die großen Unterschiede bei der Vermögenslage zwischen einerseits den Selbständigen-Haushalten und andererseits allen anderen Haushalten ins Auge fallen. In Tabelle 12 wird der vorhandene Informationsstand zur Vermögenskonzentration zusammenfassend wiedergegeben, wobei die absoluten Angaben zum Volumen des Produktivvermögens von Anfang der 90er Jahre bis 1995 hochgerechnet wurden, um die Vermögensaggregate insgesamt mit neueren Werten zum Geld- und Immobilienvermögen vergleichbar zu machen.

Bekräftigt werden diese Angaben durch die jährlich verfügbaren Informationen über die Zuführung von neuem Vermögen durch Vermögensbildung bzw. Sparen aus dem laufenden Einkommen und ebenso durch Angaben über die aus dem angesammelten Vermögen erzielten Vermögenseinkommen zugunsten der jeweiligen Haushaltseinkommen³²⁾. Es gibt auch keine Anzeichen einer wachsenden „Querverteilung“³³⁾, die durch wachsende Vermögensbestände speziell der Arbeitnehmer-Haushalte und entsprechende Vermögenseinkommen etwa erlauben würde, den relativen oder sogar bei Arbeitslosigkeit absoluten Verlust von Arbeitseinkommen zumindest teilweise zu kompensieren. Im Gegenteil liegen Anzeichen dafür vor, daß die fak-

Tabelle 12
Das private Netto-Vermögen¹⁾ in Deutschland und seine Verteilung¹⁾ 1995

Die Vermögensart...	in Höhe von ... Mrd. DM	liegt bei ... vH aller Haushalte
Geldvermögen (davon ca. 50 vH)	3 560 (1 780)	86 (10)
Grundvermögen (davon ca. 50 vH)	6 000 (3 000)	50 (10)
Produktivvermögen (davon ca. 70 vH)	3 500 ²⁾ (2 450)	6 (2)

1) Teilweise geschätzt. – 2) Hochrechnung des WSI.

Quellen: Hauser u. a. (1997), Grimm 1998, Bach/Bartholmai 1998 – Schätzung des WSI.

tische Vermögenskonzentration noch viel größer ist aufgrund verschiedener „Längsverteilungseffekte“: So ist – von der Statistik allerdings noch besonders unzulänglich erfaßt – die Vermögensvernichtung in Form von Verschuldung und sogar Überschuldung ein zunehmender Trend. Er trifft etwa die wachsenden Gruppen von Sozialhilfeempfängern unausweichlich, weil der Anspruch auf Leistungsbezug erst durchsetzbar ist, wenn vorher Vermögen aufgelöst bzw. verzehrt wird. Verschuldung und Überschuldung scheinen aber auch bei Erwerbstätigen mit niedrigem und selbst mittlerem Einkommen immer häufiger vorzukommen. Betroffen darunter sind z. B. zunehmend junge Arbeitnehmer, aber auch Scheinselbständige³⁴⁾. Die Scheinselbständigkeit mit häufig prekären Einkommens- und Vermögenslagen verweist ebenso wie die überdurchschnittlich gute Verteilungssituation von angestellten Managern unter den abhängig Beschäftigten schließlich auf ein weiteres Längsverteilungs-Phänomen, nämlich die zunehmende Heterogenität der sozialen Gruppen, die deren empirisch nachweisbare Einkommens- und Vermögenslagen im Durchschnitt drückt und damit die Konzentration innerhalb dieser Lagen verschleiert.

²⁸⁾ Vgl. Becker, I., Hauser, R., Abgaben- und Transfersystem ..., a.a.O., hier insbesondere S. 22.

²⁹⁾ Siehe dazu die Hinweise im WSI-Verteilungsbericht 1996, in: WSI-Mitteilungen 10/1996, S. 597 ff.

³⁰⁾ Siehe die Arbeiten von Hauser, R. u. a., Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland. Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Frankfurt/M. 1997; Grimm, M., Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozio-ökonomische Gruppen im Jahr 1988 im Vergleich mit früheren Ergebnissen, Forschungsprojekt Personelle Einkommensverteilung, Arbeitspapier Nr. 14, Frankfurt/M. 1998; Thiele, S., Das Vermögen privater Haushalte und dessen Einfluß auf die soziale Lage, Frankfurt/M. 1998.

³¹⁾ Vgl. Bach, S., Bartholmai, B., Immobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland 1995, in: DIW-Wochenbericht 35/1998, S. 630 ff.; dieselben, Immobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland 1995. Projektbericht für das Statistische Bundesamt, Wiesbaden 1998.

³²⁾ Zu den Vermögenseinkommen vgl. Bedau, K.-D., Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1997, in: DIW-Wochenbericht 30/1998, S. 541 ff.; leider kann die Darstellung der Vermögenseinkommen mangels entsprechender Informationen seitens des Statistischen Bundesamtes nicht für West- und Ostdeutschland getrennt erfolgen.

³³⁾ Im Sinn von „quer“ zu der funktionalen, am sozialen Status der „Selbständigkeit“ und „Abhängigkeit“ festgemachten empirischen Zuschreibung von Erwerbseinkommen und daraus gebildeten Vermögensbeständen.

³⁴⁾ Nach Informationen des katholischen Verbandes für soziale Dienste sind 2,5 Mill. bundesdeutsche Haushalte, insbesondere Arbeitslose, Alleinerziehende und kinderreiche Familien, verschuldet bzw. überschuldet; und jährlich kommen rund 10 vH neue Überschuldungen hinzu. Diese Er-

Schließlich ist auch die politisch immer wieder mit einigen Hoffnungen angesprochene „Erbschaftswelle“ keine vermögenspolitische Hilfe bzw. Korrektur, weil das Erbe – soweit es überhaupt entsprechendes Vermögen gibt – in der Regel innerhalb der einkommensreichen bzw. vermögenden Familien bleibt. Und letztlich begünstigt das Steuerrecht hohe Einkommen und auch hohe Vermögen, so daß die Vermögenskonzentration zu einem erheblichen Teil auch als steuerinduziert bezeichnet werden muß. Diese Aussage gilt für das mit steigendem Einkommen steuersparende und damit auch „vermögensbildende“ Einkommenssteuersystem (s. oben Abschnitt 4.), für die zur Zeit ausgesetzte, von ihren früheren Dimensionen her eher „kosmetische“ Vermögensteuer und auch für die gerade „reformierte“ Erbschafts- und Schenkungssteuer, die mit ihren erhöhten familienzentrierten allgemeinen Freibeträgen und auch mit der besonderen Begünstigung des zu vererbenden oder zu verschenkenden Betriebsvermögens³⁵⁾ für die Fortsetzung und Verfestigung der Vermögenskonzentration sorgt. Insbesondere die beiden letztgenannten Steuern haben bisher nie die von der Finanzwissenschaft geforderten „Nachhol- und Ergänzungsfunktionen“ für den einkommenssteuerlichen Bereich erfüllt.

6. Durch niedrige Löhne zu mehr Beschäftigung – eine kontraproduktive Illusion

Es ist angesichts der geschilderten Verteilungsdaten immer wieder erstaunlich, daß trotzdem noch ein öffentliches „Kartell des Schweigens“ über Armut und Reichtum in Deutschland sowie die entsprechenden Polarisierungen existiert³⁶⁾. Die verzögerte, häufig erst auf Druck vorgenommene oder sogar durch den politischen „Gegner“ zustande gekommene Veröffentlichung verschiedener, von staatlichen Stellen in Auftrag gegebener Armutsberichte belegt dies ebenso³⁷⁾ wie die anschließenden Versuche der Auftraggeber, die Ergebnisse zu relativieren oder schön zu reden. Letzteres ist besonders zum Tragen gekommen in der früheren christlich-liberalen Regierungskoalition, die Armut in Deutschland schon allein deshalb nicht gelten lassen will, weil das bestehende System der Sozialhilfe Armut wirksam beseitige. Das Bundesministerium für Gesundheit hatte diese Position sogar gutachterlich untermauern lassen, indem der *relative* Armutsbegriff und seine Angemessenheit für Industriegesellschaften in Zweifel gezogen wurden – also das in diesen Staaten von wissenschaftlicher und häufig auch von staatlicher genutzte Konzept, den Ausschluß von Personen vom „durchschnittlichen“ Wohlstand anzunehmen, sobald deren personales Einkommen einen bestimmten Anteil am allgemeinen Einkommensdurchschnitt unterschreitet³⁸⁾.

Tatsächlich ist an diesem Konzept Kritik insofern berechtigt, als die Festlegung des vH-Anteils (z. B. 50 vH oder 40 vH oder 60 vH) relativ willkürlich sein

kann und der Bezug auf das Einkommen auch zu eindimensional ist, weil selbst mittlere Arbeitseinkommen im Haushaltsverbund beispielsweise nicht ohne weiteres die „normale“ Teilnahmemöglichkeit der Haushaltsmitglieder am sozialen Leben vom Kinobesuch bis zur Mitgliedschaft im Sportverein bedeuten müssen. Da sich aber die oben erwähnte Kritik generell gegen einen Vergleich zwischen den einen (Armen) und den anderen (Nichtarmen) richtet, spricht sie sich implizit für eine *absolute* Armuts- oder Hungergrenze aus, die allenfalls für Entwicklungsländer vertretbar ist. Nur wenig später hat das Bundesministerium für Gesundheit „Schadensbegrenzung“ zum Thema versucht durch Veröffentlichung einer beachtlich differenzierenden Studie des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg zu „Privathaushalten mit Niedrigeinkommen“³⁹⁾. Allerdings hat sich diese Studie als empirische Basis den für Einkommensanalysen problematischen Mikrozensus gewählt und entwertet damit ihre analytische Differenzierung teilweise wieder. Ein beredtes Beispiel für das Negieren von Einkommenspolarisierung auch aufgrund von Einkommensreichtum bietet schließlich eine jüngere Veröffentlichung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) mit dem Anspruch eines „Reichtumsberichts Deutschland“⁴⁰⁾, die wegen ihrer tendenziösen Unter-

gebnisse einer bundesweiten Fachtagung von Schuldenberatern sind zitiert nach Rheinische Post vom 6. 5. 1998: Jugendliche immer häufiger verschuldet; s. auch Pfeiffer, H., Kunden in der Klemme – immer mehr Bundesbürger können ihre Bankschulden nicht zurückzahlen, in: Die Zeit 32/1998, S. 20.

³⁵⁾ Siehe z. B. Bilsdorfer, P., Lohnt sich die mittelbare Grundstücks-Schenkung noch, um Steuern zu sparen?, in: Blick durch die Wirtschaft vom 9. 6. 1997; Kraschel, J., Wellisch, D., Überlegungen zur optimalen Steuererwerbsstrategie aus erbschaftsteuerlicher Sicht, in: Der Betrieb 33/1998, S. 1632 ff.

³⁶⁾ So die zutreffende Kennzeichnung von Hoffmann, W., Kartell des Schweigens – Armut in Deutschland wird von allen Politikern gern verdrängt. Doch Studien belegen die wachsende soziale Not, in: Die Zeit 32/1998, S. 28.

³⁷⁾ Siehe die teils öffentlichen Auseinandersetzungen um die entsprechenden Berichte für die Stadt Frankfurt/M., den Freistaat Bayern, das Land Niedersachsen oder den 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. Vgl. dazu z.B. Erbe, S., Armut in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 9/1998, S. 504; Frankfurter Rundschau vom 5.9.1998; Plötzlich gibt es in Niedersachsen weniger Arme – Kritiker heben Ungereimtheiten hervor; Frankfurter Rundschau vom 19.5.1998; Armut – SPD veröffentlicht bayerischen Sozialbericht; Frankfurter Rundschau vom 28.2.1998; Büro für Armutsberichterstattung aus dem Rennen (für die Fortschreibung des Sozialberichts der Stadt Frankfurt/M.). Siehe aus wissenschaftlicher Sicht insbesondere Hauser, R., Armutsberichterstattung – Pro und Contra, in: Sozialer Fortschritt 7/1998, S. 159 ff. Daß auch die Armutforschung selbst durchaus kritikwürdig ist, nicht zuletzt weil sich Teile von ihr auf einzelne Aspekte wie Sozialhilfe beschränken bzw. Armut außerhalb Sozialhilfe nicht sehen oder nicht gelten lassen, hat Barlösius, E. mit ihrer Sammelbesprechung von Veröffentlichungen der „Dynamischen Armutforschung“ an der Universität Bremen deutlich gemacht, s. dieselbe, Leben mit Sozialhilfe – Die Bilanz der „dynamischen Armutforschung“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 8/1998, S. 569 ff. Die Gegenposition zur Gleichsetzung Sozialhilfe und Armut vertritt zuletzt Erler, M., Das bisherige Bild der Armut muß korrigiert werden, in: Frankfurter Rundschau, Dokumentationsseite vom 11. 8. 1998.

³⁸⁾ Siehe das Gutachten von Kremer, W., Statistische Probleme bei der Armutmessung, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Bd. 94, Baden-Baden 1997.

³⁹⁾ Vgl. Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Privathaushalte mit Niedrigeinkommen, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Bd. 100, Baden-Baden 1998.

⁴⁰⁾ Siehe Busch, B. u. a., Verdienst, Vermögen und Verteilung, Köln 1998.

lassungen schon eine entsprechend kritische Erwiderung gefunden hat⁴¹⁾.

Viel problematischer als das „Kartell des (Ver)Schweigens“ ist jedoch ein verwandtes „Kartell des Funktionalisierens“ von Armut und Polarisierung. Am deutlichsten kommt diese Position zuletzt in den handlungsorientierten Schlußfolgerungen der bayerisch-sächsischen „Zukunftskommission“ zum Ausdruck⁴²⁾. Zwar leugnet meist auch dieses Kartell soziale Polarisierung für die Gegenwart – und nimmt damit die Empirie nicht zur Kenntnis –, aber noch mehr qualifiziert es die Verteilungswirklichkeit sogar als „zu gleich, zu wenig differenziert, zu anreizarm“. Denn hauptsächlich kommt es diesem Meinungskartell darauf an, die so bewertete Gegenwartsverteilung für die Zukunft in eine „bessere“, weil „differenziertere“ und vor allem bei den Arbeitseinkommen mehr „gespreizte“ zu transformieren. Die Begründung dafür ist die Schaffung angeblich notwendiger Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und Wohlstand. Der dafür zu zahlende soziale Preis scheint der Kommission wegen des kommenden „Lohns“ mehr als akzeptabel, zumal eine „Verarmung breiter Bevölkerungskreise“ nur vorübergehend sei und auf jeden Fall ein Bedeutungsverlust von Arbeits- und Erwerbseinkommen durch mehr Einkommen aus Besitz bzw. Vermögen kompensiert werden könne⁴³⁾. Den Beleg für solche Zusammenhänge sieht die Kommission nicht zuletzt im „US-Beschäftigungswunder durch Niedriglöhne“. Und damit unterfüttert auch diese Kommission nachträglich eine politische Überzeugung bei Arbeitgebern, bisheriger Regierungskoalition in Bonn und Teilen der ökonomischen Wissenschaft, die diese schon seit Jahren vertreten einschließlich des Rechtfertigungs-Regresses auf das vermeintlich vorbildliche amerikanische Beispiel.

Diese Position aber enthält mehrere Illusionen und Irrtümer, die in einer „Streitschrift“ schon öffentlich angegriffen worden sind⁴⁴⁾. Zwei davon sollen hier hervorgehoben werden⁴⁵⁾. Es ist völlig unmöglich, auf gesamtwirtschaftlicher Ebene für breite Bevölkerungskreise Arbeitseinkommen durch Kapitaleinkommen in größerem Ausmaß zu substituieren – selbst wenn hohe Beschäftigung herrscht, bei mehr als ausreichenden Löhnen relativ viel gespart werden kann und die Sparanlage auch auf das Ausland ohne Risiko ausgedehnt wird. Wenn aber die Arbeitseinkommen wie von der Kommission gefordert wegen „Differenzierung“ relativ und absolut fallen, die Binnennachfrage ausgehöhlt wird, die Arbeitslosigkeit hoch bleibt oder steigt und demzufolge auch die Renditen von Sparanlagen sinken – soweit man solche schon besitzt – funktioniert diese Substitution erst recht nicht⁴⁶⁾. Gerade aber die Verschlechterung – und nicht die behauptete Verbesserung – der gesamtwirtschaftlichen Wohlstandssituation wird die Folge des von der „Zukunftskommission“ vorgeschlagenen

Verteilungsweges sein und damit die Zerstörung der zweiten Illusion.

Da man aber die deutsche Verteilungsentwicklung seit 1980 nicht zur Kenntnis nimmt, kann man schwerlich zugestehen, daß das von der „Zukunftskommission“ und anderen geforderte Spreizen der Einkommen von der Realität und auch den teilweise dahinterstehenden politischen Maßnahmen in erheblichem Ausmaß schon antizipiert worden ist – jedoch mit der Folge von viel mehr offensichtlichem ökonomischen Schaden als kaum nachweisbarem Nutzen. Und da man die US-Erfahrungen oberflächlich und einseitig rezipiert, kann man nicht sehen, wie relativ klein das dortige „Beschäftigungswunder“ ist und wie relativ groß die dahinterstehenden Probleme sind. Nach genauerer Prüfung aber kann man heute über die USA im internationalen Vergleich noch nicht einmal mehr sagen, daß dort für relativ geringe ökonomische Erfolge bei Beschäftigungsentwicklung, Wirtschaftswachstum und Produktivität ein sehr hoher sozialer Preis mit entsprechenden belastenden ökonomischen Folgekosten gezahlt wird⁴⁷⁾. Man kann vielmehr schon einen Schritt weiter gehen und postulieren, daß wegen der verbreiteten US-Armut, die ohne Arbeit (einschließlich großer versteckter Arbeitslosigkeit) wie innerhalb der Arbeit besteht, z. B.: die Kriminalität in den USA so häufig und die Folgekosten so erheblich sind, die Bereitschaft von Arbeitnehmern und Betrieben zu Bildung und Ausbildung so niedrig ist (zumal sich letztere bei Bedarf am Strom der vergleichsweise gut ausgebildeten Einwanderer bedienen können), die Anzahl amerikanischer Facharbeiter so gering und deren Arbeitszeit so hoch ist, die Entwicklung der US-Arbeitsproduktivität so schlecht ist, die amerikanische Handelsbilanz seit Jahrzehnten negativ ist⁴⁸⁾. Und die wirtschaftspolitischen Ursachen

⁴¹⁾ Siehe *Bartelheimer, P., von Freyberg, T.*, Wo sind sie geblieben, die Reichen, die reicher wurden?, in: Frankfurter Rundschau, Dokumentationsseite vom 24. 9. 1998.

⁴²⁾ Vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997.

⁴³⁾ Vgl. ebenda, S. 1, 106, 108, 109.

⁴⁴⁾ Siehe *Berliner Senat* (Hrsg.), Die Sackgassen der Zukunftskommission – Streitschrift wider die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Bd. 33, Berlin 1998.

⁴⁵⁾ Siehe dazu ebenda, S. 105 ff.

⁴⁶⁾ Siehe z. B. *Krupp, H. J.*, Ist das Kapitaldeckungsverfahren in der Alterssicherung dem Umlageverfahren überlegen?, in: WSI-Mitteilungen 5/1997, S. 289 ff.

⁴⁷⁾ Das ist z. B. der Tenor des von drei amerikanischen Autoren kürzlich unternommenen internationalen Vergleichs: *Schmitt, J., Mishel, L., Bernstein, J.*, Unterschätzte soziale Kosten, überbewertete ökonomische Vorteile des „US-Modells“, in: WSI-Mitteilungen 4/1998, S. 271 ff.

⁴⁸⁾ Vgl. dazu etwa *Bosch, G.*, Brauchen wir mehr Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt?, in: WSI-Mitteilungen 1/1998, S. 15 ff., *Freeman, R. B.*, Immer mehr Armut – die USA auf dem Weg in eine Apartheid-Wirtschaft? in *Harvard Business Manager* 1/1997, S. 69 ff.; *Wacquant, L.*, In den USA wird die Armut bekämpft, indem man sie kriminalisiert – Niedergang des Sozialstaats, in: *Le Monde Diplomatique*, deutsche Ausgabe vom 8. 7. 1998, S. 8 f.; s. auch zuletzt die als umfassendste US-Armutstudie bezeichnete Analyse des Census Bureau des US-Handelsministeriums, zitiert nach Handelsblatt, USA – Drei von zehn leben in Armut, 1. 10. 1998.

für den Anstieg der US-Beschäftigung, soweit er nicht ohnehin demographischer Natur ist bzw. dem Bevölkerungswachstum durch starke Einwanderung und hohe Geburtenraten geschuldet ist, sind eher Maßnahmen der Nachfragestärkung durch niedrige Zinsen und eine vergleichsweise kräftige Entwicklung der öffentlichen Ausgaben gewesen⁴⁹⁾.

Nicht zuletzt die von Asien ausgehenden Krisenentwicklungen machen deutlich, daß geringe Löhne und auch geringe Steuern bzw. Staatstätigkeit nicht der Schlüssel zu mehr und dauerhafter Wettbewerbsfähigkeit sind – eher ist das Gegenteil notwendig, um bei den Arbeitnehmern eine hohe und jahrelange Bildungsbereitschaft sowie eine anhaltende Leistungsbereitschaft zu erzielen und beim Staat die finanziellen Voraussetzungen für eine entsprechende Bildungsinfrastruktur zu schaffen. Es kommt nicht von ungefähr, wenn z. B. die Weltbank neuerdings im Kampf gegen die Armut – und man könnte hinzufügen: einschließlich der öffentlichen Armut – eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum sieht⁵⁰⁾, und die OECD Mindestlöhne als ein dafür geeignetes und arbeitsmarktunschädliches Mittel hält⁵¹⁾. Es gilt deshalb, Abschied zu nehmen von der speziellen These, daß 1 vH Lohnzurückhaltung in den Folgejahren 1 vH Beschäftigungsvermehrung bewirkt⁵²⁾, wie von der neoliberalen Beschäftigungspolitik generell, die – vergeblich – mehr Stellen durch weniger Löhne (und Steuern) verspricht⁵³⁾. *John Kenneth Galbraith* ruft sogar zur „Rebellion“ gegen die neoliberale Mikroökonomie insgesamt auf. Und seine eindringliche Begründung ist im wesentlichen Kritik und Umkehrung der seit Jahren in Wissenschaft und Politik weit verbreiteten These, daß mehr Ungleichheit für vieles hilft⁵⁴⁾.

Wenn aufgrund solcher internationaler Erfahrungen und Argumente in Deutschland und Europa die Verteilungspolitik, genauer: die Lohn- wie die Steuerpolitik, das „Ende der Bescheidenheit“ anstreben, könnte das zugleich der „Anfang sozialer wie ökonomischer Vernunft“ sein. Für die Lohnpolitik bedeutete dies zumindest die Rückkehr zur Ausschöpfung der „Verteilungsspielräume“ durch Preis- und Produktivitätswachstum zugunsten von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Und für die Steuerpolitik würde es heißen, mit der Änderung der Steuerlastverteilung zugunsten unterer Einkommen und der Binnennachfrage auch den Mut zu Nettomehreinnahmen per Saldo zu verbinden, um den staatlichen Handlungsspielraum zu stärken für mehr soziale Leistungsfähigkeit wie infrastrukturelle Zukunftsvorsorge.

⁴⁹⁾ Vgl. dazu z. B. *Heise, A.*, Neoliberale Empfehlungen zur Beschäftigungspolitik in Theorie und Praxis, in: WSI-Mitteilungen 11/1997, S. 758 ff.; *Flassbeck, H.*, Reallöhne und Arbeitslosigkeit – Eine einfache empirische Widerlegung der neoklassischen Beschäftigungstheorie, in: WSI-Mitteilungen 4/1998, S. 226 ff.

⁵⁰⁾ Zitiert nach Frankfurter Rundschau, Weltbank sieht Wissenslücke zwischen Arm und Reich, vom 5. 10. 1998

⁵¹⁾ *OECD*, Employment Outlook 1998, Paris 1998.

⁵²⁾ Die dieser Behauptung zugrundeliegenden Regressions-schätzungen für Deutschland müssen sich übrigens fehlerhafte Annahmen und Scheinkorrelationen vorwerfen lassen. Siehe zu den Regressions-schätzungen am Institut für Weltwirtschaft *Lehment, H.*, Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung. Eine empirische Untersuchung für die BRD 1973 bis 1990, in: Die Weltwirtschaft 3/1991, S. 72 ff. sowie die dazu kürzlich vorgelegte Kritik von von der *Vrting, T.*, Lohnzurückhaltung als Mittel der Beschäftigungsvermehrung – kritische Anmerkungen zur Empirie, in: Diskussionspapiere des Institut für Konjunktur- und Struktur-forschung an der Universität Bremen 17/1998.

⁵³⁾ Zumindest die sozialen Folgen einer solchen Politik speziell in den USA sehen auch neoliberale Ökonomen zunehmend als demokratiebedrohend an; vgl. z. B. *Phelps, E.*, Rewarding Work – How to Restore Participation and Self-Support to Free Enterprise, Harvard 1997.

⁵⁴⁾ Vgl. die von *Galbraith* selbst vorab veröffentlichte Zusammenfassung seines neuen Buches „Created Unequal“: Wider die gewollte Ungleichheit – ein Plädoyer für ökonomisches Umdenken und politisches Handeln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1998, S. 953 ff.; daraus lassen sich seine Kernaussagen wie folgt wiedergeben: „...“ handelt es sich bei der enormen Zunahme der Ungleichheit in Amerika seit 1970 um eine soziale Katastrophe, deren Ausmaß dem der Großen Depression von 1929 ff. nicht nachsteht ... zwar nehmen die amerikanischen Ökonomen die zunehmende Ungleichheit seit einigen Jahren zur Kenntnis. Aber die Ungleichheit als solche rüttelte sie ebenso wenig auf wie einst die nackte Tatsache der Massenarbeitslosigkeit Keynes' konservative Zeitgenossen alarmierte ... Wir brauchen eine Rebellion gegen die Mikroökonomie. Wir brauchen eine Rebellion, die fast weniger gegen das System, in dem wir leben, gerichtet ist als gegen die Quellen unseres Einverständnisses mit diesem System. Wir brauchen eine Rebellion gegen die analytische Tyrannei des Marktkonzepts und gegen die Lähmung unserer Politik, die aus ihr erwächst ... Wir sind .. Zeugen der enormen und katastrophalen Macht destabilisierender Politikkonzepte, soziale Beziehungen zu stören und einen Krieg aller gegen alle zu entfachen, von dem die Starken profitieren und in dem die Schwachen untergehen. ... es gibt keinen Grund anzunehmen, daß (in Europa) die Senkung der Mindestlöhne oder sozialer Leistungen amerikanische Beschäftigungsmuster herbeiführen würde, falls diese nicht ohnehin unter der Oberfläche der europäischen Wirtschaft bereits existieren ... Wir müssen deshalb auf beiden Seiten des Atlantiks wieder die Möglichkeit einer Politik für Vollbeschäftigung, niedrige und stabile Zinsen, steigendes Wirtschaftswachstum, höhere Mindestlöhne und weniger Ungleichheit ins Auge fassen. Der Weg, auf dem der Wohlstand der gesellschaftlichen Mitte und die Hoffnung der arbeitslosen Jugend Europas wieder hergestellt werden können, ist genau der, auf dem schon einmal solcher Wohlstand und solche Hoffnung erzeugt wurden. Wir brauchen keine schrankenlose und keine schwache Privatwirtschaft, sondern die konzertierte Partnerschaft zwischen einer starken und entschlossenen Regierung und einem dynamischen Privatsektor ... Kein Gesetz der Ökonomie schließt diesen Erfolg aus ... Einem konzertierten politischen Programm der Solidarität und der Vollbeschäftigung wird kein schrecklicher Leistungsabfall folgen. Ganz im Gegenteil. Wir werden sehen, daß sich die Leistungsfähigkeit verbessert, wenn eine große Anzahl von Menschen fühlt, daß sie eine faire Chance hat, dazuzugehören ... Wir werden feststellen, daß die Menschen unter solchen Umständen besser arbeiten und glücklicher sind, und daß Investitionsmuster, Konsum und sogar technologische Veränderungen der Gesellschaft insgesamt zu mehr Gleichheit verhelfen werden. ... Höheres Wirtschaftswachstum wird das Steueraufkommen steigern und damit neue Investitionen in öffentliche Einrichtungen und wirksamere soziale Sicherungssysteme ermöglichen. Mehr Gleichheit dürfte mit der Zeit zu mehr Gleichberechtigung und Zusammenhalt in den Familien führen, so daß die Struktur der Familieneinkommen wieder stärker die Lohnstruktur widerspiegelt ... das Auseinanderbrechen unserer Gesellschaft bleibt zweifellos, trotz aller damit einhergehenden Konfusion und Propaganda, die wichtigste politische, soziale und ökonomische Herausforderung, mit der die Bürger der industrialisierten Staaten sich auseinandersetzen müssen.“